

Politischer Jahresbericht

Mittelosteuropa 2005/2006



Warschau

Regionalbüro Mittelosteuropa, Juli 2005-Juli 2006

Polen, Tschechien, Slowakei, Ukraine, Belarus

Agnieszka Rochon

Regionalbüro Mittelosteuropa
ul. Podwale 13
00-252 Warszawa, Polska
Leitung: Agnieszka Rochon
Tel: 0048 22 / 831 63 56
Fax: 0048 22 / 635 79 23
Hbs@boell.pl
www.boell.pl

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Die EU und Europa: Zentrale Entwicklungen in der Region.....	3
2. Berichte aus den Ländern	
Polen.....	8
Tschechien.....	10
Slowakische Republik.....	13
Ukraine.....	14
Belarus.....	15
Ausblick	17

Zusammenfassung

Mitte Mai 2005 hat die Slowakei als erstes der mitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten den Verfassungsvertrag im Rahmen einer Parlamentsabstimmung ratifiziert. Die in Polen und Tschechien noch anstehenden Verfassungsreferenden fanden nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht statt. Seit Mai 2004 bietet die erweiterte EU im Rahmen der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) den Nachbarstaaten zwar die Möglichkeit einer engeren wirtschaftlichen Integration und politischen Zusammenarbeit an, schließt jedoch ausdrücklich eine Beitrittsperspektive aus. Die Nachbarländer an der neuen östlichen EU-Grenze positionierten sich unterschiedlich gegenüber den Angeboten der Nachbarschaftspolitik. Russland zog es vor, die Beziehungen zur Union im Rahmen des Abkommens über die „Strategische Partnerschaft“¹ fortzusetzen. Wegen der gravierenden Demokratiedefizite, die während der bereits stattgefundenen Präsidentschaftswahlen im März 2006 erneut festgestellt wurden, ist Belarus aus der ENP derzeit ausgeschlossen und führt selbst eine Politik der Isolation gegenüber dem „Westen“.

Innerhalb der EU steht momentan die 2. Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls bzw. der internationale Klimaschutz nach 2012 im Mittelpunkt klimapolitischer Diskussionen. In Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energien hat sich die EU ehrgeizige Ziele gesteckt und das Konzept der Nachhaltigkeit im energiewirtschaftlichen Bereich zu einer Priorität erklärt.

Die Gleichstellungspolitik der einzelnen Länder unterliegt sehr stark der (partei-) politischen Konjunktur. Die populistischen und wertkonservativen Kräfte der neuen polnischen Regierung führten bereits zu bedenklichen Rückschritten im frauen- und genderpolitischen Bereich. Im neuen tschechischen Parlament hat die im Bereich der Geschlechtergleichstellung progressive CSSD die Regierungsverantwortung verloren. Neben der CSSD sind die erstmals im Parlament vertretenen Grünen die einzige „gendersensible“ Partei. Nach den Parlamentswahlen in der Slowakei kündigte der neue stellvertretende Ministerpräsident die Einbeziehung der EU-Gleichstellungsproblematik in die Regierungspolitik an. Dennoch ist davon auszugehen, dass hier die Umsetzung auf deklaratorischer Ebene bleibt. Im Rahmen des nationalen Aktionsplans Ukraine-EU hat sich die Ukraine zur Angleichung der nationalen Gesetzgebung an die EU-Vorgaben verpflichtet. Dem gegenüber stehen eine traditionell geprägte Familienpolitik der ukrainischen Regierung und eine sehr geringe Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Geschlechterfragen.

Innerhalb des vergangenen Jahres waren die Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen durch die Entwicklung der gesellschaftspolitischen Situation in den Ländern der Region geprägt. Nach den Parlamentswahlen in Polen (September 2005) haben die wertkonservativen populistischen politischen Kräfte die Regierungsverantwortung übernommen. Innenpolitisch profilierte sich die neue Regierung durch die betont wertkonservative Weichenstellung im Bereich der Frauen- und Geschlechterpolitik, sowie Schikanen gegen Homosexuelle. Auf der internationalen Bühne fielen die außenpolitisch unerfahrenen führenden PiS-Politiker, insbesondere die Kaczyński-Zwillingsbrüder, die als Präsident (Lech) und Ministerpräsident (Jaroslaw) die höchsten Ämter im polnischen Staat besetzen, durch eine Reihe unbeholfener Handlungen auf, die zu Verstimmungen und Irritationen insbesondere zwischen Polen und Deutschland führten.

Nach fast zweijähriger Regierungskrise haben die tschechischen WählerInnen im Juni 2006 ein neues Parlament gewählt. Fast zwei Monate nach den Wahlen ist in Tschechien die politische Zukunft des Landes noch immer ungewiss. In der Slowakei kam es nach den vorgezogenen Neuwahlen (Juni 2006) zu einem äußerst problematischen Regierungswechsel: Die linkspopulistische SMER-SD (Richtung Sozialdemokratie) wird gemeinsam mit der Slowakischen Nationalpartei und der Volkspartei-Bewegung für eine demokratische Slowakei unter Vorsitz von Vladimír Mečiar das Kabinett bilden. Nach Einschätzung internationaler BeobachterInnen waren die Parlamentswahlen in der Ukraine im März 2006 die ersten freien und fairen Wahlen seit 1994. Die Partei der Regionen (PRU) von Janukowytsch, wurde die stärkste Partei im ukrainischen Parlament. Es kündigt sich derzeit eine „blau-orangene“ Koalition zwischen den gegnerischen Parteien der vergangenen Präsidentschaftswahlen oder eine „linke Koalition“ an, die aus den Parteien der Regionen, der Sozialisten und Kommunisten bestehen soll. Während der Präsidentschaftswahlen in Belarus (März 2006) und der vorangehenden Wahlkampagne stellten die OSZE und weitere internationale BeobachterInnen massive Wahlfälschungen und weitere Demokratiedefizite fest. Mit der Wiederwahl Lukaschenkos wurden die Hoffnungen auf einen Regimewechsel durch eine „farbige Revolution“ enttäuscht.

¹ Mitteilung des Auswärtigen Amtes vom 31. Mai 2003.

1. Die EU und Europa: Zentrale Entwicklungen in der Region

Die Vertiefung der EU-Erweiterung: Die Zukunft des Verfassungsvertrags

Am 11. Mai 2005 ratifizierte die **Slowakei** als erstes der MOE-Länder den Europäischen Verfassungsvertrag im Rahmen einer Abstimmung im Nationalrat. Die Zustimmung für die Verfassung fiel mit 116 Pro- zu 27 Gegenstimmen sehr deutlich aus. Die BefürworterInnen des Verfassungsvertrags kamen sowohl aus den damaligen Regierungsparteien, u.a. der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKU-DS) sowie der Allianz des neuen Bürgers (ANO) als auch aus der damaligen Opposition. Aus unterschiedlichen Gründen lehnten die damals regierungsbeteiligten slowakischen Christdemokraten (KDH) und die oppositionellen Kommunisten (KSS) die Verfassung ab..

Die slowakische Öffentlichkeit ist grundsätzlich pro-europäisch. Die Slowaken trauen den EU-Institutionen mehr als der EU-Durchschnitt² - 54% sehen die EU-Mitgliedschaft generell als positiv an. Ein Grund für die deutliche Zustimmung zur EU in Politik und Gesellschaft lässt sich mit der Erfahrung der Regierung Mečiar erklären (1994-98), dessen autoritärer Regierungsstil dazu führte, dass die EU die Slowakei zunächst von den Beitrittsverhandlungen ausschloss. Die breite Oppositionsbewegung gegen Mečiar wurde durch die klare Zustimmung zu Europa geeint.

Trotz des Scheiterns der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden plädierte zunächst die damals in **Polen** regierende Demokratische Linksallianz³ (SLD) für die Fortsetzung des Ratifizierungsverfahrens und die Durchführung des geplanten Volkstschheids. In Folge der im Juni 2005 von der EU vorgeschlagenen „Reflexionsphase“, die die Ratifizierung verlängerte, überließ es der damalige Ministerpräsident Belka der Nachfolgeregierung, über die Fortsetzung des Prozesses zu entscheiden. In dem neu gewählten Parlament ist die Zustimmung für den Verfassungsentwurf gering – die SLD, mit lediglich 11% im Parlament vertreten, hat hier als einzige Partei eine „Pro-Verfassungs“-Positionierung. An der Regierung selbst sind derzeit ausschließlich Parteien (PiS, LPR, Samoobrona) beteiligt, die sich in der vergangenen Legislaturperiode durch eine EU-feindliche Haltung profilierten und den Verfassungsentwurf kategorisch ablehnten. Bezeichnend ist, dass hingegen in der

polnischen Bevölkerung - neben einer hohen Zustimmungsrates zur EU im Allgemeinen - auch eine weiterhin relativ hohe Zustimmung zur Verfassung besteht. Die in der Reflexionsphase anstehende differenzierte öffentliche Auseinandersetzung mit der Zukunft des Verfassungsvertrags blieb in Polen weitgehend aus.

Die Aussicht auf einen EU-Beitritt war für die **Tschechische Republik** die entscheidende Antriebskraft für eine Konsolidierung der Demokratie, und die Eingliederung in europäische Strukturen gehörte seit 2002 zu den Prioritäten der pro-europäischen Links-Mitte-Rechts-Regierung. Die Debatte um den Verfassungsvertrag entwickelte sich dagegen erst spät und unter geringem Interesse der Öffentlichkeit. Die Bevölkerung war u.a. aufgrund mangelnder PR-Arbeit der Regierung über die Verfassung weitgehend uninformiert. Die „Bürgerlich-Demokratische Partei“ (ODS) und die Kommunisten plädierten zusammen mit dem Staatspräsidenten Václav Klaus gegen die Verfassung.. Nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden wurde das Ratifizierungsverfahren eingestellt.

Allerdings erhielten die Verfassungsbefürworter im März 2006 überraschende Rückendeckung vom damaligen Außenminister Cyril Svoboda, der die Verfassung als bestmöglichen Kompromiss zwischen den 25 Staats- und Regierungschefs bezeichnete und auf die Möglichkeit hinwies, dass die Annahme der Verfassung auch mit einem Parlamentsbeschluss, also ohne Referendum, möglich sei. Auch in der öffentlichen Meinung, die zwar tendenziell im EU-Vergleich die niedrigsten Zustimmungswerte aufweist, ist die EU-Unterstützung zuletzt wieder gestiegen, unter anderem aufgrund des sog. „Plan D“ der Regierung, der vorsieht, die EU populärer zu machen und näher an die BürgerInnen heranzubringen. Dennoch bleiben die Tschechen, gemeinsam mit den Dänen und Österreichern, die EU-skeptischsten BürgerInnen der EU.

Herausforderungen der östlichen Nachbarschaft der erweiterten Europäischen Union

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bietet den Nachbarstaaten der erweiterten EU⁴ zwar die Möglichkeit, die wirtschaftliche Integration und politische Zusammenarbeit mit der EU zu vertiefen, dennoch wird eine Beitrittsperspektive ausgeschlossen. Die derzeit geltenden Hauptinstrumente der ENP – Aktionspläne – versuchen die Heterogenität der Nachbarschaft und den unterschiedlichen Modernisierungsbedarf des jeweiligen Landes zu berücksichtigen und somit die erforderliche Differenzierung der Zielvorgaben und Maßnahmen für die einzelnen Länder zu sichern. Bis Mitte 2006 wurden

² die durchschnittliche Zustimmungswerte in der der EU-25 betragen 49% - vgl. Special Eurobarometer, April 2006:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm.

³ Demokratische Linksallianz – Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD).

⁴ Algerien, Weißrussland, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, die Ukraine und die Länder des Südkaukasus (Armenien, Aserbaidschan und Georgien).

entsprechende Aktionspläne mit sieben Nachbarstaaten⁵, u.a. der Ukraine (Februar 2005) unterschrieben. Nach Verabschiedung der „Finanziellen Vorausschau 2007-2013“ (Dezember 2005) arbeitet die EU daran, die Ausstattung des neuen „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI)“ zu konkretisieren.

An der „neuen“ östlichen Grenze sieht sich die erweiterte Union mit ungleichen Nachbarn konfrontiert, die sich dementsprechend unterschiedlich zu den Angeboten der Nachbarschaftspolitik positionieren.

Die **Russische Föderation** zeigte sich an der Teilnahme an der ENP (als eines unter vielen Ländern) nicht interessiert. Moskau zog es vor, die Beziehungen zur EU im Rahmen des Abkommens über die „Strategische Partnerschaft“⁶ (1997-2007 fortzusetzen, das die Zusammenarbeit in den vier gemeinsamen Räumen⁷ (Wirtschaft, innere und äußere Sicherheit, Forschung, Bildung und Kultur) vorsieht und die Sonderstellung Russlands innerhalb der Nachbarländer der EU unterstreicht. Die Nachbarschaftspolitik hat die Beziehungen zwischen der EU und Russland komplizierter gemacht – unterschwellig stehen hier Moskau und Brüssel in einem Konkurrenzverhältnis um den Einfluss in den Ländern, die „dazwischen“ liegen: in der Ukraine und potenziell auch in Belarus.

Die innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine („Orangene“ Revolution 2004) und insbesondere die Unterstützung für die ukrainischen Demokratiebestrebungen einzelne europäische Staaten sowie durch die EU selbst, hatten die Abkühlung des Verhältnisses zwischen Russland und der Union sowie eine Reihe von bilateralen Verstimmungen zwischen Russland und anderen europäischen Ländern (insbesondere Polen) zur Folge. Die angestrebte Annäherung der Ukraine an die Union, die die „orangene“ ukrainische Führung ankündigte, wurde in Russland als Bedrohung der eigenen Interessen im postsowjetischen Raum gesehen.

Während die Differenzen zwischen der EU und Russland hinsichtlich der Ereignisse um die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine⁸ Fortschritte bei den bilateralen Absprachen auf dem Gipfeltreffen in Haag (November 2004) verhinderten, konnten im Mai 2005 „Fahrpläne für die vier gemeinsamen Räume“ verabschiedet, und im Oktober 2005 weiter konkretisiert werden. Russland und die EU einigten sich u.a. über die Erleichterungen bei der Visaerteilung im Rahmen dieses Raums der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts.

⁵ Neben der Ukraine wurden die Aktionspläne mit Israel, Jordanien, Moldawien, Marokko, der Palästinensischen Autonomiebehörde und Tunesien vereinbart.

⁶ Mitteilung des Auswärtigen Amtes vom 31. Mai 2003.

⁷ Beschlüsse des EU-Russland-Gipfels in St. Petersburg, Mai 2003.

⁸ Die russische Regierung unterstützte massiv den Präsidentschaftskandidaten Viktor Janukowitsch, während die EU durch die Nichtanerkennung der gefälschten Wahlergebnisse indirekt den Gegenkandidaten unterstützte.

Der Streit zwischen Russland und der Ukraine über die Gaspreise, der Ende 2005 eskalierte und Anfang 2006 zur vorübergehenden Unterbrechung der Gaslieferungen führte, hat auf EU-Ebene das Ansehen Russlands als verlässlichen Gaslieferanten in Frage gestellt. Angesichts der Tatsache, dass die Hälfte des Gases und ein Drittel des Erdöls, das in den 25 Mitgliedstaaten der EU verbraucht wird, aus Russland stammt oder durch Russland transportiert wird, stand das Thema Energieversorgungssicherheit im Mittelpunkt des Gipfeltreffens zwischen der EU und Russland im Juni 2006. Hier einigten sich beide Seiten darauf, die Zusammenarbeit im Energiebereich zu verbessern.

Wegen der gravierenden Demokratiedefizite, insbesondere der autoritären Staatsführung des Präsidenten Lukaschenko und der Verletzungen der demokratischen Freiheitsrechte (mehr hierzu in Kapitel 3.5), ist **Belarus** aus der ENP derzeit ausgeschlossen und führt selbst eine Politik der Isolierung vom „Westen“.

Weder Russland noch Belarus streben die EU-Mitgliedschaft an. Dem gegenüber zeigte sich die **Ukraine**, die nach der „Orangenen Revolution“ die Annäherung an die EU und perspektivisch den Beitritt anstrebt, über die Nachbarschaftspolitik enttäuscht, welche die Eröffnung einer Beitrittsperspektive ausklammert. Kurz nach dem Amtsantritt (Anfang 2005) erklärte Präsident Juschtschenko die Annäherung an die Europäische Union und die damit verbundene Durchführung von demokratischen Reformen zu den wichtigsten außen- und innenpolitischen Zielen der Ukraine und forderte die Eröffnung einer Beitrittsperspektive für das Land. Im Februar 2005 hat die Ukraine zwar den Aktionsplan (2005-2007) im Rahmen der ENP unterschrieben, gleichzeitig kündigte die damalige ukrainische Führung aber die Antragstellung der EU-Mitgliedschaft nach Ablauf des Aktionsplanes (2008) an. Die EU lehnt die ukrainischen Ambitionen ab, während einige der „neuen“ EU-Mitglieder (insbesondere baltische und mitteleuropäische Staaten) das Beitrittsbestreben der Ukraine auf EU-Ebene unterstützen.

Inzwischen wurden bei der Umsetzung des Aktionsplans einige Fortschritte erreicht. Ende November 2005 haben die Ukraine und die Europäische Union die erste Runde der Verhandlungen über die Erleichterung der Visapflicht aufgenommen. Auf dem ersten Gipfeltreffen seit der „Orangenen Revolution“ in Kiew (Dezember 2005) erkannte die Union für die Ukraine den Status einer Marktwirtschaft an und versprach, das Land bei den WTO-Verhandlungen zu unterstützen. Anfang März 2006 besuchte die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero Waldner, die Ukraine und zeigte sich mit den Fortschritten bei der Umsetzung des laufenden Aktionsplans zufrieden.

Im November 2007 läuft das Kooperationsabkommen zwischen Russland und der EU aus, genauso wie im März 2008 der im Rahmen der ENP vereinbarte Aktionsplan EU-Ukraine ausläuft. Anfang Juli 2006 legte die EU-Kommission einen Entwurf für die Verhandlungsrichtlinien des Nachfolgevertrages mit Russland vor, der bis Ende des Jahres innerhalb der EU abgestimmt werden soll. Bei der Neuregelung der Nachbarschaftsbeziehungen werden sich zum ersten Mal auch die „neuen“ EU-Mitglieder beteiligen, die sich gegenüber den Nachbarstaaten zum Teil anders als die „alten“ EU-Länder

positionieren. Der generelle Unterschied liegt hier in dem Stellenwert, den der Gestaltung der Beziehungen mit den jeweiligen Nachbarstaaten beimessen wird: Während sich die „alten“ EU-Länder (Deutschland und Frankreich) vorrangig um eine konstruktive Regelung des Verhältnisses mit dem größten Nachbarn der Union, Russland, bemühen, bauen die „neuen“ EU-Staaten ihre ostpolitische Strategie auf die enge Partnerschaft mit der Ukraine auf. Hier hat sich im ersten Jahr der EU-Mitgliedschaft insbesondere Polen profiliert, das seine Rolle innerhalb der EU als „Anwalt“ für die Ukraine inklusive ihrer Beitrittsbestrebungen definiert. Eine starke, demokratische Ukraine, die sich dem russischen Einfluss entziehen kann, ist für Polen vor allem ein Garant für die Eindämmung der vermeintlichen oder realen neoimperialistischen Bestrebungen des Kremls, denn in der Wahrnehmung der polnischen Öffentlichkeit kann „Russland ohne die Ukraine seine imperialen Ambitionen nicht mehr verwirklichen“⁹.

Energiepolitik

Energiepolitik und Klimaschutz

Eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik bringt Europa ökologische und wirtschaftliche Vorteile. Das wird auch im Grünbuch der EU-Kommission für eine Europäische Energiestrategie betont, das Anfang 2006 vorgelegt wurde; folgen wird die Vorlage eines Weißbuches.

Innerhalb der EU stehen momentan die 2. Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls bzw. der internationale Klimaschutz nach 2012 im Mittelpunkt klimapolitischer Diskussionen. 2007 wird der 4. IPCC-Bericht erwartet, der voraussichtlich sehr negativ ausfallen wird.

In Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energien hat sich die EU ehrgeizige Ziele gesteckt und das Konzept der Nachhaltigkeit im energiewirtschaftlichen Bereich zu einer Priorität erklärt: Bis 2010 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch im Vergleich zu 1997 verdoppelt werden, der Anteil der erneuerbaren Energien an der Strombereitstellung soll in der EU-25 bis 2010 21 % betragen. Schon jetzt ist klar, dass die Einhaltung dieser Ziele sehr problematisch wird, da es in den Mitgliedsstaaten an politischem Willen fehlt, Maßnahmen zur Zielerreichung zu implementieren.

Mit der Erfüllung der im Kyoto-Protokoll vereinbarten Reduzierung der CO₂-Emissionen werden die Länder der Region (**Polen, Tschechien, Slowakei, Ukraine**) durch den mit der wirtschaftlichen Umstrukturierung verbundenen Zusammenbruch der Schwerindustrie nach 1989 keine Probleme haben, dennoch sind die in allen Ländern gemessenen CO₂-Emissionen pro BIP-Einheit sehr hoch. Tschechien

ist innerhalb der EU eines der Länder mit den höchsten CO₂-Emissionen pro Kopf. In Polen wird derzeit die Stromerzeugung zu 98% durch Kohlekraftwerke gedeckt, die auf heimische Rohstoffe zurückgreifen. Die Versorgung würde trotz wachsenden Bedarfs zwar noch jahrzehntlang ausreichen, jedoch spätestens 2015 einen immensen Anstieg der CO₂-Emissionen bedeuten.

In allen Ländern der Region ist eine geringe bis sehr geringe Energieeffizienz bei gleichzeitig hoher Energieintensität (Verhältnis Energieeinsatz / BIP) festzustellen. In der Ukraine war der Energieverbrauch gemessen am BIP im Jahr 2001 3,5-mal höher, in Tschechien und der Slowakei 1,6-mal-höher, und in Polen 1,3-mal höher als der Durchschnitt der EU.

Die Klimaschutzdebatte wird derzeit in keinem dieser Länder differenziert und zukunftsorientiert geführt, sie reduziert sich weitgehend auf den Handel mit Emissionsrechten, von dem sich die mitteleuropäischen Ländern und die Ukraine die Verbesserung des Staatsbudgets versprechen. Im Zusammenhang mit den klimapolitischen Herausforderungen gibt es in der Region auch starke Tendenzen in die Atomenergie einzusteigen (Polen) bzw. kerntechnische Anlagen auszubauen (Slowakei, Tschechien und Ukraine). Atomenergie wird als eine „saubere“ Alternative zur Energiegewinnung aus den Primärenergiequellen, und zusätzlich als eine Möglichkeit für die Unabhängigkeit von Primärenergieimporten gesehen. Im Gegensatz dazu wird der Entwicklung sowie der Umsetzung nachhaltiger energie- und klimapolitischer Strategien zu wenig Priorität eingeräumt und die Potenziale der erneuerbaren Energien bleiben weitgehend ungenutzt.

Die energiepolitische Debatte in den Ländern der Region orientiert sich sehr stark an aktuellen politischen Entwicklungen und wurde deshalb vorrangig von Themen wie der Energieversorgungssicherheit und -unabhängigkeit sowie der Diversifizierung von Energieimporten geprägt. Innerhalb der Region besteht eine sehr starke Abhängigkeit von Primärenergieimporten aus Russland, das Gas und Öl als Instrument des politischen Drucks nutzt. Hier waren aus der Perspektive der Region zwei Ereignisse prägend: der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine (Ende 2005 / Anfang 2006), der Russland als einen verlässlichen Energielieferanten für die europäischen Ländern generell diskreditierte, sowie das deutsch-russische Abkommen über den Bau einer Ostseepipeline (September 2005), das künftig ermöglichen könnte, die Gaslieferungen an die Ukraine und die mitteleuropäischen Ländern zu unterbrechen, ohne dass die westeuropäischen Ländern davon betroffen wären. Als Reaktion darauf schlug Polen im Februar 2006 die Gründung einer „Energie-NATO“ vor. Durch einen „Europäischen Energiesicherheitsvertrag“ sollten sich die NATO- und EU-Staaten zu gegenseitigem Beistand im Falle einer Bedrohung der Versorgungssicherheit verpflichten. Der Vorschlag stieß bei den baltischen Staaten, Ungarn, Tschechien und der Slowakei auf Zustimmung, wurde aber aufgrund der Skepsis seitens der EU-15-Staaten nicht weiter verfolgt.

⁹ Izabella Chruslinska, Interview mit Prof. Jerzy Pomianowski, Gazeta Wyborcza, 29.-20.01.2005.

Zwanzig Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

In ganz Europa wurde im April 2006 der Opfer der Katastrophe von Tschernobyl gedacht, die sich 1986 im Block 4 des dortigen Atomkraftwerkes – nur 100 km von der ukrainischen Hauptstadt Kiew entfernt – ereignete.

Paradoxerweise nahmen die BefürworterInnen der Atomtechnologie den runden Jahrestag zum Anlass, um die Zukunft der Nuklearenergie zu propagieren. Vor dem Hintergrund des weltweit steigenden Energiebedarfs, Preissteigerungen fossiler Energieträger sowie der Probleme des Klimawandels stellt die Atomlobby die Nukleartechnologie als Lösung für die zukünftigen energie- und klimapolitischen Herausforderungen dar. Dabei werden die Sicherheitsrisiken der Kernkraftwerke mit dem Hinweis auf den inzwischen stattgefundenen technischen Fortschritt als kalkulierbar dargestellt und die Folgen der vergangenen Nuklearkatastrophen für die Menschen heruntergespielt.

So heißt es in der im Herbst 2005 auf der IAEA-Konferenz in Wien 2005 vorgestellten Studie, dass die Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe weniger dramatisch seien, als vorerst befürchtet wurde und dass „nur“ ca. 9.000 Menschen an durch diesen Unfall ausgelösten Krebserkrankungen sterben würden.

Anlässlich des Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe hat die ukrainische Regierung in Zusammenarbeit mit dem „Tschernobyl-Forum“, dem die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Weltgesundheitsorganisation WHO) sowie die Regierungen von Belarus und Russland angehören, eine internationale Konferenz unter dem Titel „Twenty years after the Chernobyl accident. Future Outlook“ organisiert. Die Konferenz verharmloste die Konsequenzen der Tschernobyl-Katastrophe und diskutierte Sicherheitsanstrengungen und verbessertes Krisenmanagement der Kernkraftwerke sowie die künftigen Nutzungsperspektiven der Atomenergie.

Dem gegenüber war für die Heinrich-Böll-Stiftung der Jahrestag der Katastrophe ein Anlass, die Auseinandersetzung mit den Risiken und Gefahren der Atomenergie zu aktualisieren und die Bedeutung einer transparenten, in der Gesellschaft verankerten energiepolitischen Debatte unter Demokratieaspekten zu betonen. Ende 2005 erschien die Publikation „Mythos Atomenergie“, ein analytischer Wegweiser durch die Streitfragen der Atomenergie, der sich mit solchen Fragen wie Reaktorsicherheit, Brennstoffkreislauf, Proliferation, Wirtschaftlichkeit der Nuklearenergie, sowie deren Vorteilen für den Klimaschutz auseinandersetzte. Das Buch wurde in mehrere Sprachen (u.a. ins Russische, Ukrainische, Tschechische) übersetzt und den PartnerInnen der Heinrich-Böll-Stiftung weltweit zur Verfügung gestellt.

Als zentrales Ereignis der hbs-Aktivitäten fand ort- und zeitgleich zur Konferenz der ukrainischen Regierung in Kiew die internationale Tagung „Chornobyl + 20: Remembrance for the Future“ statt, die

die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit den Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen des Deutschen Bundestags sowie sieben weiteren Partnerorganisationen aus der Ukraine, Westeuropa und den USA organisierte.

Im Rahmen der Konferenz wurde, als Entgegnung auf die IAEA-Studie, „The other report on Tschernobyl“ (TORCH) vorgestellt. Der von der grünen Europaabgeordneten Rebecca Harms in Auftrag gegebene TORCH-Bericht beurteilt die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl aus einer unabhängigen, wissenschaftlichen Perspektive und deckt die zahlreichen analytischen Fehler und Grenzen des IAEA/WHO-Berichtes auf. TORCH geht davon aus, dass die Katastrophe zu 30.000 bis 60.000 zusätzlichen Krebstodesfällen führen wird, wobei es hier nicht allein um Menschen in den am meisten betroffenen Gebieten in der Ukraine, Belarus und Russland geht. In der Studie wird herausgestellt, dass mehr als die Hälfte des radioaktiven Niederschlags außerhalb dieser Länder niederging, wodurch ungefähr 40% der Fläche Europas kontaminiert wurde. Etwa 2/3 der Kollektivdosis von Tschernobyl haben auch andere, insbesondere westeuropäische Länder erreicht.

Die Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung befasste sich – als einzige in der Region – mit den Problemen und Risiken der Atomkraft sowie mit den Alternativen zu Nuklearenergie bei der Energieerzeugung.

Die Geschlechtergleichstellung zwischen gesetzlichen Fortschritten und (partei-) politischer Konjunktur

Im Zuge des Beitrittsprozesses wurden in Polen, Tschechien und der Slowakei auch im Bereich der Geschlechtergleichstellung die notwendigen EU-Richtlinien und Normen in die nationalen Gesetzgebungen überführt. Sie bilden zwar eine Grundlage für das Voranbringen der Geschlechtergleichstellung, dennoch, abhängig von der (partei-)politischen Konjunktur, werden die sich daraus ergebenden Möglichkeiten, mit unterschiedlicher Intensität genutzt. So wurden im vergangenen Jahr einerseits wichtige innovative Initiativen ergriffen und Gesetze verabschiedet, die sich am Vorbild der EU orientieren, andererseits wurden nach der Änderung der politischen Machtverhältnisse, die mit den stattgefundenen Parlamentswahlen in Polen (September 2005), Tschechien (Mitte Juni 2006) und der Slowakei (Ende Juni 2006) erfolgte, einige der Errungenschaften im frauenpolitischen Bereich marginalisiert oder rückgängig gemacht.

Ende Juni 2005, kurz vor den anstehenden Wahlen in **Polen**, ist es der ausscheidenden linken SLD-Regierung gelungen, ein progressives, an EU-Normen orientiertes Gesetz gegen häusliche Gewalt im Parlament zu verabschieden. Das Gesetz, das durch das Amt für Chancengleichheit von Frauen und Männern auf der Basis von Konsultationen mit den Frauenorganisationen vorbereitet wurde, verbietet dem Täter, sich der Familie zu nähern bzw. gegebenenfalls die

Familienwohnung zu betreten und stellt somit einen wichtigen Schritt zum Schutz der Opfer¹⁰ dar.

Kurz nach den Wahlen und dem Antritt der neuen rechtskonservativen PiS-Regierung (siehe auch Kapitel 3.1) änderte sich das relativ frauenfreundliche politische Klima entschieden. Das Amt für Chancengleichheit von Frauen und Männern im ministerialen Rang wurde in die Abteilung für „Frauen, Familie und Antidiskriminierung“ umbenannt und in die Strukturen des Ministeriums für Arbeit und Soziales eingegliedert. Dementsprechend änderten sich der Stellenwert und die Prioritäten der Stelle – eine besondere Gewichtung wurde auf die Förderung der Familie gelegt. Auf Druck der Partnerparteien¹¹, insbesondere der rechtspopulistischen LPR, wurde bei der Kanzlei des Ministerpräsidenten zusätzlich eine „Beratungsstelle für Familienfragen“ errichtet, die sich in erster Linie dem Schutz des ungeborenen Lebens widmen soll. Auch auf der legislativen Ebene hat die neue Regierung Schritte unternommen, die die rückwärtsgewandten Modelle der Geschlechterrollen stärken. Noch im Dezember 2005 wurde die Auszahlung von „Krippengeld“ in Höhe von 1000 PLN (ca. 200 Euro) an jede Frau, die ein Kind gebärt, gesetzlich abgesichert, sowie Anfang 2006 der Mutterschaftsurlaub verlängert und somit in der Praxis die Erfolgchancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verringert.

Angesichts dieser Entwicklungen haben Frauen-NGOs im Januar 2006 einen Protestbrief¹² an den damaligen Premierminister Marcinkiewicz gerichtet. Damit hat sich das Protestpotenzial der polnischen Frauenszene vorerst erschöpft. Die sich in den vergangenen Jahren gut entwickelnden Frauen-NGOs haben derzeit an Schwung verloren: Die schwindenden Fördermittel¹³ spitzen die Konkurrenz zwischen den einzelnen Organisationen und den LeaderInnen der Frauengruppen zu. In „interne“ Konflikte verwickelt reagieren sie weniger entschieden auf die unerfreulichen Entwicklungen als dies normalerweise der Fall wäre.

Im Dezember 2005 wurde in **Tschechien** das „Nationale Konzept für Familienpolitik“ verabschiedet. Das Dokument wurde im Ministerium für Arbeit und Soziales erarbeitet und bildet die Grundlage für die Umsetzung einer modernen „genderechten“ Familienpolitik, die es beiden Eltern ermöglicht, Berufstätigkeit und Kindererziehung zu vereinbaren. Die Einführung des Konzeptes wurde durch

10 97 % der Opfer der häuslichen Gewalt sind Frauen und Kinder.

11 Bis Mai 2006 haben Samoobrona und LPR die PiS-Minderheitsregierung im Rahmen des sog. „Stabilisierungspaktes“ unterstützt, danach gingen sie mit PiS eine Regierungskoalition ein.

12 Der Protestbrief war das Resultat des Treffens der polnischen Frauen-NGOs im Januar 2006, das die Ausarbeitung einer langfristigen Strategie gegen die rechtskonservative Frauenpolitik der Regierung bezweckte. Allerdings ist eine solche Strategie nie entstanden.

13 Nach dem EU-Beitritt der MOE-Staaten ziehen sich viele Förderer zurück. Die Finanzierung der Organisationen aus EU-Mitteln ist mit vielen administrativen Schwierigkeiten verbunden und somit nur für wenige der Organisationen praktisch zugänglich.

eine Medienkampagne begleitet: im staatlichen Fernsehen wurde eine Serie von Dokumentarfilmen über Väter gezeigt, die sich für den Erziehungsurlaub entschieden haben, um diese derzeit noch ungewöhnliche Verteilung der Elternpflichten zu propagieren. Das Konzept entstand auf der Basis von Konsultationen mit Gender-Expertinnen und Vertreterinnen von Frauenorganisationen. Hier waren u.a. das „Zentrum für Gender Studies“ (Partnerinnenorganisation der hbs) und APERIO (Organisation für gesunde Elternschaft) aktiv beteiligt.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen in Tschechien (Juni 2006) fand im Rahmen der Initiative „Forum-50-Prozent“ erstmalig eine parteiübergreifende Zusammenarbeit der Kandidatinnen statt, die auf die Stärkung der Frauenpartizipation an den politischen Entscheidungsgremien hinzielte. Der tschechischen Partei der Grünen¹⁴ (SZ) ist es während der Wahlkampagne gelungen, das Thema „Quoten“ zu propagieren. SZ hat als einzige politische Kraft im Land die Parteigremien und -strukturen paritätisch besetzt und die Gleichstellung der Geschlechter im Parteiprogramm verankert. Damit haben die tschechischen Grünen andere Parteien gezwungen, sich gegenüber Quotenregelungen zumindest zu positionieren. Dennoch sind Frauen in dem neu gewählten Abgeordnetenhaus mit lediglich 15,5% vertreten. Somit ist die Frauenbeteiligung auf parlamentarischer Ebene geringer als noch nach den Wahlen im Jahr 2002 (16,5%).

Die neue Regierungskoalition wird möglicherweise aus der bürgerlich-konservativen ODS, der christlichen KDU-CSL und den tschechischen Grünen (SZ) bestehen, die zum ersten Mal den Einzug in das Parlament schafften (siehe Kapitel 3.2). Inwieweit die parlaments- und regierungsunerfahrene SZ es schafft, das Thema Geschlechtergleichstellung auf die Regierungs- oder Parlamentsagenda zu setzen, bleibt ungewiss.

In der **Slowakei** scheiterte der in der ersten Jahreshälfte 2006 gestartete Versuch, einen Regierungsrat für Geschlechtergleichheit innerhalb der staatlichen Strukturen zu etablieren. Somit bleibt die Durchsetzung von frauen- und geschlechterpolitischen Interessen auf politischer Ebene vorerst dem „Ausschuss für Familien und Geschlechterpolitik“ (angesiedelt beim Ministerium für Arbeit und Soziales) sowie dem parlamentarischen „Koordinationsausschuss für Frauenproblematik“ vorenthalten. Diese Gremien haben einen ausschließlich beratenden Charakter und sind mit geringen Kompetenzen ausgestattet. In der Einschätzung frauenpolitischer ExpertInnen wird die Verankerung der Geschlechtergleichstellung in den staatlichen Strukturen als unzureichend bewertet¹⁵.

Bei den Parlamentswahlen im Juni 2006 nahm nur die „Allianz des Neuen Bürgers“ (ANO) die Frauenthematik in ihr Wahlprogramm auf. Ein Finanzskandal des Parteivorsitzenden Rusko, der im Sommer 2005 zum Ausschluss der ANO aus der Regierungskoalition führte, diskreditierte jedoch die Partei, die in das neue Parlament

14 Partei der Grünen – Strana Zelenych (SZ).

15 vgl. Zora Butorova, Recherche „Frauen und Frauenorganisationen in der Slowakei“, 2006.

nicht wiedergewählt wurde. Der Frauenanteil im neu gewählten Parlament blieb mit 16% auf einem im europäischen Vergleich recht niedrigen Niveau¹⁶ konstant.

Infolge der Wahlen haben die linkspopulistische Partei SMER –SD¹⁷ von Robert Fico, die nationalsozialistische SNS¹⁸ und die Partei des ehemaligen Premiers Vladimír Mečiar ĽS-HZDS¹⁹ die Regierungsverantwortung übernommen. Trotz der Aussage des Vize-Ministerpräsidenten Caplovic²⁰ in einem Interview, die EU-Gleichstellungsproblematik in die Regierungspolitik einbeziehen zu wollen, ist davon auszugehen, dass die Umsetzung der Geschlechtergleichstellung unter der populistisch-nationalistischen Regierung auf deklaratorischer Ebene bleibt.

Die **Ukraine** hat sich im Rahmen des nationalen Aktionsplans Ukraine-EU (2005-2007) zur Angleichung der nationalen Gesetzgebung (auch im frauenpolitischen Bereich) an die EU-Vorgaben verpflichtet. Demgegenüber steht aktuell eine im Wesentlichen traditionell geprägte Familienpolitik der ukrainischen Regierung, die größtenteils auf die Verbesserung der sozialen Situation der Frauen als Mütter abzielt. Zudem werden in der ukrainischen Gesellschaft die Geschlechterrollen weitgehend traditionell wahrgenommen.

In den staatlichen Strukturen sind Fraueninteressen nur partiell verankert und werden hauptsächlich als Teil allgemeiner Familienangelegenheiten verstanden. Als zuständige Stellen werden derzeit der Familienausschuss beim Ministerium für Familie, Jugend und Sport, der Parlamentsausschuss für Probleme der Mutterschaft und der Kinder sowie die Koordinationsstelle für Gender- und Familienfragen benannt²¹.

Die politischen Machstrukturen in der Ukraine sind extrem männerdominiert: Nach den Parlamentswahlen 2002 waren Frauen im ukrainischen Parlament mit lediglich 5%²² vertreten, in dem neu gewählten Parlament haben sie 8% erreicht. Bei den Parlamentswahlen vom März 2006 spielte die Gleichstellung der Geschlechter schlicht keine Rolle. Die Anzahl der weiblichen Kandidatinnen auf den Wahllisten der führenden Parteien betrug nur 5% bei der „Partei der Regionen“ und dem „Block Julia Tymoschenko“ sowie 8% bei dem Block „Unsere Ukraine“.

16 vgl. <http://www.euractiv.sk/cl/202/5597/Zeny-na-slovenskom-trhu-prace-vyzvy>.

17 SMER – SD - Richtung – Sozialdemokratie.

18 SNS - Slowakische Nationalpartei.

19 ĽS-HZDS.

20 vgl. Tageszeitung „SME“ vom 26.07.2006.

21 vgl. Oksana Kisselyova, Recherche: „Frauen in der Ukraine“, 2006.

22 ebenda.

Dennoch hat die ukrainische Regierung aus Sicht der frauenpolitisch engagierten Gremien zwei wichtige Schritte unternommen. Am 8. September 2005 unterschrieb Präsident Juschtschenko das „Gesetz über die Sicherung gleicher Rechte und Chancen für Frauen und Männer“. Des Weiteren wurde ein staatliches Programm zur Vorbeugung und Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Frauenhandels, der eine zentrale Rolle spielt, für die Jahre 2006-2010 erarbeitet und genehmigt.

2. Berichte aus den Ländern

Polen

Die Parlaments- und Präsidentenwahlen in Polen – Sieg der populistischen wertkonservativen Parteien

Polens Wirtschaft, die gemessen am BIP seit 1990 um durchschnittlich über 4% gewachsen ist, befindet sich weiter im relativen Aufschwung. Zwar wuchs sie 2005 etwas langsamer (3,2%) als im Beitrittsjahr 2004 (5,3%), die Prognosen für die Jahre 2006 und 2007 liegen jedoch wieder deutlich über 4%. Die Investitionsneigung ist aufgrund einer anziehenden Konsumgüternachfrage und starken Exporten weiter groß. Gleichzeitig ist die Inflationsrate mit 1,5% eine der niedrigsten in der EU (EU-Durchschnitt: 2,5%). Sorgen bereitet allerdings die weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit von 17% (nach 18 bis 20% in den Vorjahren), von der vor allem junge Menschen unter 28 mit einer Quote von über 30% betroffen sind. Darüber hinaus fallen eine zunehmend ungleiche Wohlstands- und Einkommensverteilung auf. Sowohl die Arbeitslosigkeit, als auch die Armut konzentrieren sich vor allem auf die ländlichen Gebiete.

Darüber hinaus gibt es Defizite bei der Privatisierung der großen Stahl- und Bergbaubetriebe und bei der Umstrukturierung der Landwirtschaft. Die hohe Staatsverschuldung lässt den Beitritt in die Eurozone in die Ferne rücken. Das Budgetdefizit hat sich seit vier Jahren bei rund 5% des BIP eingependelt. Somit nähert sich die Verschuldung des Staates der von der Verfassung festgesetzten Obergrenze von 60% des BIP.

Bei den Parlamentswahlen Ende September 2005 haben die polnischen WählerInnen die postkommunistische Regierungspartei, die Demokratische Linksallianz²³ (SLD), abgewählt und ein neues Parlament sowie kurz darauf, im Oktober 2005, das neue Staatsoberhaupt Polens bestellt. Beide Wahlen fanden mit einer niedrigen Wahlbeteiligung von unter 40% (Parlamentswahl) bzw. knapp 50% (Präsidentenschaftswahl) statt, was die Frustration der polnischen BürgerInnen über ihre politischen Eliten ausdrückte.

23 Demokratische Linksallianz – Sojusz Lewicy Demokratycznej / SLD.

Korruption, Missbrauch von politischen Ämtern und Vetterwirtschaft bei der Verteilung von regierungsabhängigen lukrativen Posten haben in der vergangenen Legislaturperiode (2001-2005) häufig zu Skandalen geführt und gelten insgesamt als Problem im polnischen Staatsapparat (siehe Jahresbericht 2004-2005). Daher wurde die Bekämpfung von Korruption fördernden Seilschaften zum Thema der Wahlkampagnen aller antretenden Parteien, und zwar insbesondere bei der Partei Recht und Gerechtigkeit²⁴ (PiS). Im Bereich der Wirtschaft standen im Wesentlichen zwei konkurrierende Modelle zur Wahl: Ein sozial-solidarisches, repräsentiert durch die PiS und ein marktliberales, vertreten durch die Bürgerplattform²⁵ (PO). Bei beiden Wahlen haben sich tendenziell die Transformationsverlierer (RentnerInnen, BewohnerInnen ländlicher Gebiete) der letzten Jahre zu Wort gemeldet und den sozial-wertkonservativen Kräften gegenüber den liberalen den Vorzug gegeben.

Als stärkste Kraft im Parlament versuchte PiS (155 Sitze) zunächst eine Minderheitsregierung mit der Unterstützung von zwei populistischen Randparteien zu etablieren: Dies geschah im Rahmen eines sog. „Stabilitätspakts“²⁶ mit der national-katholischen Liga der Polnischen Familien (LPR) und der linken Bauernpartei Samoobrona, bis im Mai 2006 eine Regierungskoalition mit diesen Parteien geschlossen wurde.

Der Spitzenkandidat und PiS-Vorsitzende, Jaroslaw Kaczyński, verzichtete vorläufig auf den Posten des Ministerpräsidenten zugunsten eines unbekanntes Lokalpolitikers mit Namen Kazimierz Marcinkiewicz, um die Wahlchancen seines Zwillingsbruders Lech bei der Präsidentschaftswahl nicht zu gefährden. Bereits nach etwa acht Monaten hat der Ministerpräsident Marcinkiewicz dann dennoch „freiwillig“ seinen Rücktritt erklärt. Inoffiziell gaben Politiker der PiS zu, die wachsende Eigenständigkeit und Popularität Marcinkiewicz's sei der Grund gewesen, weshalb er zum Rücktritt gedrängt wurde. Am 6. Juli übernahm Jaroslaw Kaczyński das Amt des Ministerpräsidenten. Somit wurden die zwei wichtigsten politischen Ämter in Polen nicht nur innerhalb einer Partei, sondern auch innerhalb einer Familie verteilt.

Mit der Ernennung des LPR-Vorsitzenden Roman Giertych zum Bildungsminister wurde der empfindliche Bildungssektor einer rechten national-katholischen politischen Kraft überlassen, der man Verbindungen zur polnischen Nationalisten-Szene nachsagt. Kurz nach dem Amtsantritt kündigte der neue Minister die Einführung des Unterrichtsfachs „patriotische Erziehung“ an und schränkte die Zusammenarbeit von Schulen und NGOs auf „vertrauensvolle und geeignete“ Organisationen ein. Dabei wurden neben den schwul-lesbischen und feministischen NGOs auch Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen als „ungeeignet“ bezeichnet.

24 Recht und Gerechtigkeit – Prawo i Sprawiedliwosc / PiS.

25 Bürgerplattform – Platforma Obywatelska / PO.

26 Unterstützung der PiS im Parlament ohne Regierungsbeteiligung.

Die Radikalisierung der politischen Kultur in Polen

Der Einzug der populistischen Randparteien in die Regierung, insbesondere der Liga der Polnischen Familien, der man Verbindungen zur polnischen Nationalisten-Szene nachsagt, hatte die Radikalisierung der politischen Kultur in Polen zur Folge. Die Schikanen der Regierung (u.a. das Verbot der Gleichstellungsparade und der Versuch, die Finanzierung der schwul-lesbischen NGOs zu kontrollieren) und die verbalen Attacken (u.a. die Gleichsetzung der Homosexualität mit der Pädophilie) der führenden Politiker der Regierungsparteien richteten sich insbesondere gegen die Homosexuellen. Die Teilnahme zweier grüner Bundestagsabgeordneter (Volker Beck und Claudia Roth) an der Gleichstellungsparade (2006) kommentierte der LPR-Vizevorsitzende Wojciech Wierzejski öffentlich mit den Worten, dass „die Schwulen nicht wiederkommen werden, wenn die einmal den Knüppel zu schmecken bekommen haben“²⁷.

Bedenklich stimmen die Einrichtung der „Beratungsstelle für Familienfragen“ bei der Kanzlei des Ministerpräsidenten, die sich in erster Linie dem Schutz des ungeborenen Lebens widmen soll, und die Besetzung der Stelle der Amtsleiterin (in ministerialem Rang) mit Anna Wujkowska, die sich für die Verschärfung des Antiabtreibungsgesetzes und gegen die finanzielle Förderung der In-vitro-Befruchtung aus staatlichen Mitteln einsetzen will. Eine weitere umstrittene Person im öffentlichen Dienst ist der seit Anfang 2006 amtierende Regierungsbeauftragte für Menschenrechte, Janusz Kochanowski, der in seiner früheren juristischen Karriere als Befürworter der Todesstrafe bekannt wurde.

Nachdem das Europäische Parlament am 15.06.2006 in einer Entschließung die Zunahme rassistischer Gewalt und Gewalt gegen Homosexuelle in Polen verurteilte und "ernsthafte Besorgnis" über die Situation ausdrückte, reagierte der polnische Sejm mit der Stellungnahme, dass es in Polen „zu keinen radikalen Überfällen mit rassistischem Hintergrund“ gekommen sei.

Die Parlamentswahlen und die polnischen Grünen (Zieloni 2004)

Die polnischen Grünen („Zieloni 2004“²⁸) traten bei den Parlamentswahlen 2005 in einer informellen Koalition mit der Sozialdemokratie Polens (SDPL)²⁹ und Arbeitsunion (UP)³⁰ an. Die Koalition war ein Versuch, die geschwächten linken Kräfte in Polen zu konsolidieren. Um die für eine registrierte Wahlkoalitionen vorgesehene 8% Schwelle zu umgehen, vereinbarten die KoalitionspartnerInnen, die KandidatInnen der „kleineren“ Parteien („Zieloni 2004“ und UP) auf den Wahllisten der stärksten Partei in diesem Bunde, der SDPL, zu platzieren. Auf jeder SDPL-Liste in den 41 Wahlkreisen stellten

27 vgl. FAZ vom 17. Mai 2006.

28 „Zieloni 2004“ – die „Grünen 2004“.

29 SDPL – Socjaldemokracja Polski : Sozialdemokratie Polens.

30 UP – Unia Pracy: Arbeitsunion.

„Zieloni 2004“ jeweils eine/n KandidatIn, zwei davon auf aussichtsreichen Plätzen.

Das spärliche Wahlergebnis (3,89%) reichte aber nicht für den Einzug ins Parlament und bedeutete den Verbleib dieser drei Parteien in der außerparlamentarischen Opposition. Als Grund für die Wahlniederlage gilt eine uneinheitliche und inkonsequente Wahlkampagne der drei Gruppierungen.

Die Europaskeptische Außenpolitik

In Folge der Wahlen sind in Polen politische Kräfte an die Macht gekommen, die sich in der vergangenen Legislaturperiode durch populistische und EU-skeptische Parolen profilieren. Außenpolitisch gilt die Regierung als unerfahren. Zunächst hatte der parteiunabhängige Diplomat Stefan Meller das Amt des Außenministers inne, seine europafreundliche Haltung führte nach kurzer Zeit allerdings zu seinem Rücktritt. Nachfolgerin im Amt ist die weitgehend unbekannte Anna Fotyga, eine enge Vertraute der Kaczyński-Brüder.

Als Priorität in der Außenpolitik wurden die Mitgliedschaft Polens in der NATO sowie die guten Beziehungen zu den USA genannt. Auf EU-Ebene will sich zwar die polnische Regierung für die „Überwindung der Krise“³¹ einsetzen, dennoch „in Angelegenheiten, die mit der spezifischen politischen und geopolitischen Situation Polens verbunden sind, an eigenen Entscheidungen festhalten“³². Hierzu gehört die Unterstützung der Aufnahme der Ukraine in die EU. Auf internationaler Bühne fielen die führenden PiS-PolitikerInnen, insbesondere die Gebrüder Kaczyński, durch eine Reihe unbeholfener Handlungen auf. Hierzu gehörten die übertrieben scharfe Reaktion auf die in der Tageszeitung „taz“ veröffentlichte Satire über die Gebrüder Kaczyński („Polens neue Kartoffel“).

Die außenpolitischen Handlungen der PiS-Regierung stießen auf die Kritik der Opposition und außenpolitischer Experten. Vermisst wird vor allem eine pro-aktive Haltung Polens auf EU-Ebene. Kritiker warnen vor einem „Abrutsch Polens in die Bedeutungslosigkeit“³³ sowie vor einer zunehmenden Isolierung innerhalb der EU, wenn die auf Durchsetzung bzw. Verteidigung der nationalen Interessen gerichtete PiS-Strategie „Eins gegen Vierundzwanzig“³⁴ nicht geändert wird.

31 vgl. „Die Regierung der Moralordnung“, Gazeta Wyborcza, Warschau, 20.07.2006.

32 ebenda.

33 „Polen muss die Initiative in der EU wiedergewinnen“, „Dziennik“, E.Smolar, Z.Najder, 28.07.2006

34 ebenda.

Die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums in Polen

Auf Europäischer Ebene bedeutete der Finanzkompromiss vom Dezember 2005 einen Rückschlag für die ländliche Entwicklung. Im Streit zwischen Nettozahlern und -empfängern wurde ein Kompromiss erreicht. Im nächsten Finanzzeitraum kann Polen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik mit insgesamt 89,6 Mrd. Euro Unterstützung rechnen (wobei es selbst knapp 30 Mrd. Beitrag zahlen wird), von denen rund 24 Mrd. für die polnischen Landwirte sowie teilweise für andere Empfänger im ländlichen Raum vorgesehen sind.

Mit dem Regierungswechsel im Herbst 2005 übernahm im Ministerium für Landwirtschaft Jan Krzysztof Ardanowski als Vizeminister die Verantwortung für den Bereich ländliche Entwicklung. Diese neue Besetzung führte zu einer positiven Wendung in Bezug auf die Umsetzung des auf den ländlichen Raum zugeschnittenen EU-Programms „LEADER“, das vor allem auf die Aktivierung der lokalen Bevölkerung und Drei-Sektor-Partnerschaften setzt. Gleichzeitig trat auch die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Nichtregierungsorganisationen – insbesondere durch Anstrengungen von Vizeminister Ardanowski sowie die diesbezügliche Offenheit Minister Jurgiels (PiS) – in eine neue Phase ein. Der Zugang insbesondere des FAOW zum Ministerium verbesserte sich eindeutig.

Im ländlichen Raum haben Verbesserungen der Einkommenssituation der Landwirte sowie andere in den ländlichen Raum fließende Finanzmittel teilweise zu Verbesserungen des Lebensstandards geführt. Gleichzeitig bleiben vor allem mangelnde Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft das große Problem für die Bevölkerung in ländlichen Regionen. Auch wird der Abstand zu den sich schnell entwickelnden städtischen Zentren in vielerlei Hinsicht (Lebensstandard, Bildungschancen, Möglichkeiten der Lebensgestaltung, gesellschaftliche Teilhabe) immer größer. Das Gefühl der Perspektivlosigkeit im ländlichen Raum fand seinen Ausdruck schließlich im Ausgang der Wahlen, der sich maßgeblich auf das Wahlverhalten der Landbevölkerung zurückführen lässt.

Tschechien

Innenpolitische Entwicklungen

Nach Angaben des Tschechischen Statistikamtes betrug der Zuwachs des BIP 2005 6,1%. Mit rund 19.000 Kronen liegt der tschechische Durchschnittslohn derzeit bei umgerechnet 665 Euro im Monat, was einem Zuwachs von 6,9% (Nominal-) bzw. 4,0% (Reallohn) entspricht. Im Mai 2006 waren 7,9% der tschechischen Bevölkerung offiziell als beschäftigungslos registriert. Probleme bereiten allerdings das zunehmende Defizit im Staatshaushalt sowie die steigende Gesamtverschuldung des Landes. Eine Forderung der konservativen Bürgerlich-Demokratischen Partei (ODS) ist die Einführung einer Einheitssteuer von 15 Prozent Um mehr Investoren in das Land zu locken

Seit der Europawahl 2004 befand sich das Kabinett der Tschechischen Republik in einer anhaltenden Regierungskrise. Innerhalb von acht Monaten wurde das Amt des Premierministers zweimal neu besetzt. Im August 2004 musste zunächst Vladimír Špidla sein Amt wegen des schlechten Abschneidens der Sozialdemokraten (ČSSD) bei der Europawahl aufgeben. Das Kabinett seines Nachfolgers Stanislav Gross trat im April 2005 zurück, nachdem Gross wegen der unklaren Finanzierung seiner Wohnung und der nicht transparenten unternehmerischen Tätigkeiten seiner Ehefrau in die Kritik geriet.

Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten wurde Jiří Paroubek. Im Mai 2005 sprach das Abgeordnetenhaus der neu aufgelegten Regierungskoalition aus ČSSD, Christdemokraten (KDU-ČSL) und Liberalen (US-DEU) sein Vertrauen aus. Unter Paroubek konnte die ČSSD laut Umfragen des Meinungsforschungsinstitutes STEM deutlich an Zustimmung gewinnen. Als größtes Problem der Paroubek-Regierung erwies sich die Gestaltung der Gesundheitspolitik. Anfang Oktober demonstrierten ÄrztInnen und ApothekerInnen gegen die Situation im Gesundheitswesen. Nachdem Gesundheitsministerin Milada Emmerová am 12. Oktober ihres Amtes enthoben wurde, wechselte die Leitung des Gesundheitsministeriums bereits zum fünften Mal seit 1998. Zum Nachfolger wurde im November der damalige Präsident der tschechischen Ärztekammer, David Rath, ernannt. Rath ist bereits der dreizehnte tschechische Gesundheitsminister seit 1989. Auch dieser Wechsel im Gesundheitsressort konnte die Unzufriedenheit der im Gesundheitswesen Beschäftigten und der Bevölkerung nicht abschwächen. Ende Februar 2006 kam es erneut zu Protesten, rund 10.000 Menschen forderten in Prag den Rücktritt Raths, der unter anderem feste Obergrenzen für die Verschreibung von Medikamenten einführte.

Am 2. und 3. Juni 2006 fanden in der Tschechischen Republik die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. 8 Millionen BürgerInnen waren aufgerufen, in 14 Wahlkreisen ihre Stimme abzugeben. Das Abgeordnetenhaus verfügt über 200 Sitze. Bei einer Wahlbeteiligung von 65% (zum Vergleich: EU-Wahlen 2004: 28,32%; letzte Abgeordnetenhauswahlen im Jahr 2002: 58%) kam es zu folgendem Endergebnis: Die größte Fraktion im Parlament stellt demnach die konservative Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) unter dem Vorsitzenden Miroslav Topolánek mit 35,38% der gültigen Stimmen. Die ODS erhielt 81 Sitze (+ 23). Die zweitstärkste Kraft ist die sozialdemokratische ČSSD unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Jiří Paroubek mit 32,32% bzw. 74 Sitzen (+ 4).

Gefolgt werden die beiden großen Parteien von der Kommunistischen Partei Böhmen und Mährens (KSČM) unter Vorsitz von Vojtěch Filip mit 12,81% bzw. 26 Sitzen (- 15). Die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) erhielt 7,22% der gültigen Stimmen bzw. 13 Sitze (- 8).

Die tschechische Partei der Grünen (SZ) zog mit 6,29% der Stimmen bzw. 6 Mandaten erstmals ins Abgeordnetenhaus ein.

Die bisherige liberale Regierungspartei Union der Freiheit – Demokratische Union (US-DEU) scheiterte an der Fünfprozent-Hürde.

Durch das Wahlergebnis ist im tschechischen Abgeordnetenhaus eine Pattsituation entstanden. Sowohl das linke Lager aus ČSSD und KSČM als auch die ODS, KDU-ČSL und die Grünen verfügen künftig über 100 Sitze. Rechnerisch würde eine große Koalition im Abgeordnetenhaus zwar über eine stabile Mehrheit von 155 Sitzen verfügen, durch den von persönlichen Angriffen zwischen Topolánek und Paroubek geprägten Wahlkampf scheint diese Möglichkeit jedoch derzeit ausgeschlossen.

Am 5. Juni 2006 beauftragte der Präsident Václav Klaus den Vorsitzenden der ODS, Miroslav Topolánek mit der Regierungsbildung. Nach den Sondierungsgesprächen, die die ODS mit den Christdemokraten und den Grünen führte, unterzeichneten die drei Parteien am 26. Juni einen Koalitionsvertrag. Aufgrund der Pattsituation im Abgeordnetenhaus ist diese Dreierkoalition aber nicht mehrheitsfähig. Um das Patt zu lösen, strebt die Koalition eine Duldung durch die ČSSD an. Diese hat jedoch auch einen Monat nach der Wahl noch keine Unterstützung signalisiert.

Um die Regierungsbildung zu erleichtern hatte Jiří Paroubek am 28. Juni angekündigt, am 3. Juli zurücktreten zu wollen. Dies hätte laut tschechischer Verfassung die Demission des gesamten Kabinetts bedeutet. Nachdem jedoch am 29. Juni der Versuch gescheitert war, die Kandidatin der ODS, Miroslava Němcová, zur Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses zu wählen, entschied sich Präsident Klaus, den angekündigten Rücktritt Paroubeks nicht zu akzeptieren.

Am 3. Juli boten die Vorsitzenden der ODS, der KDU-ČSL und der Grünen der ČSSD den Vorsitz des Abgeordnetenhauses an. Die Bedingung für dieses Angebot war, dass die ČSSD die Mitte-Rechts-Grüne Koalition dulden werde. Paroubek lehnte dieses Angebot ab. Ein erneuter Versuch der Koalition, den Vorsitz des Abgeordnetenhauses zu besetzen, scheiterte am 7. Juli. Kandidiert hatte ein Abgeordneter der KDU-ČSL, Jan Kasal.

Ohne die Besetzung des Vorsizes ist der Regierungsbildungsprozess blockiert. Sollte der anvisierten Regierungskoalition nicht das Vertrauen ausgesprochen werden, könnte es zu Neuwahlen kommen. Die ČSSD schlug wiederholt vor, dass sie entweder eine Minderheitsregierung der ODS dulden oder eine so genannte Beamtenregierung (Regierung parteiunabhängiger Expertinnen und Experten) unterstützen würde. Diese Vorschläge lehnt die ODS entschieden ab.

Am 12. Juli schaltete sich der Staatspräsident ein, um gemeinsam mit den im Parlament vertretenen Parteien eine Lösung zu erarbeiten.

Der Wahlerfolg der Grünen

Unter Vorsitz Martin Bursíks gelang es den Grünen dank des Wahlprogramms mit dem Wahlkampfmotto „Lebensqualität“, eine breite Wählerschaft anzusprechen. Seit Januar 2006 stiegen die Umfragergebnisse für die Partei von 3% deutlich, auf zeitweise 10% an.

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SC&C ergibt sich das folgende grüne Wählerprofil: Die grüne Wählerschaft ist

jung und in Städten stark vertreten. 16,2% der Erstwählerschaft und 9% der unter 45-jährigen wählte grün, die Gruppe der über 45-jährigen noch mit 3,3%. Die formale Bildung der grünen Wählerschaft ist eher hoch.

Die Grünen erzielten in Liberec und Prag ihre besten Ergebnisse (9,6 bzw. 9,2%) und blieben nur in zwei Wahlkreisen unter 5% der Stimmen. Als kleine Partei wurde die SZ durch das bestehende Wahlsystem diskriminiert, da sie über die Zuschnitte der Wahlkreise nicht alle Mandate erhielt, die ihr nach dem Verhältniswahlrecht zustehen würden³⁵. Durch diese Benachteiligung erhielten die Grünen bisher keinen Fraktionsstatus, da nach der geltenden Geschäftsordnung des Parlaments 10 Mandate nötig wären, um eine Fraktion zu bilden. Die Grünen streben eine Änderung der Geschäftsordnung an.

Hervorzuheben ist der paritätische Anteil weiblicher und männlicher Abgeordneter, vor allem weil sich der Gesamtanteil der weiblichen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus mit 15,5% am unteren Ende der Skala der EU-Länder befindet.

Innerhalb der Partei gab es in Bezug auf eine mögliche Regierungsbeteiligung der Grünen unterschiedliche Meinungen. Der Vorsitzende Martin Bursík betonte, es gehöre zum Wesen der Politik, dass jede Partei eine Regierungsbeteiligung anstrebe und sich demzufolge auch die tschechischen Grünen darum bemühen werden - allerdings nicht um jeden Preis. Verbundenen Kompromisse könnten die WählerInnen enttäuschen.

Konsens besteht darin, dass die Grünen die durch die Medien getroffene Einordnung der Grünen in den „rechten Teil des Parteienspektrums“ nicht teilen. Die südböhmische Wahlkreisvertretung schreibt hierzu, es gebe im neu gewählten Abgeordnetenhaus „100 Abgeordnete linker, 94 rechter Parteien und 6 Abgeordnete der grünen Partei“.

In den Koalitionsverhandlungen setzte die SZ vor allen Dingen in der Europa- und Umweltpolitik Akzente. Auch die Aufnahme einer ökologischen Steuerreform ist ein Verdienst der SZ. Sollte der anvisierten Regierungskoalition das Vertrauen ausgesprochen werden, würden die tschechischen Grünen das Umwelt- und Schulministerium besetzen.

Menschenrechte und Demokratie in Tschechien

Seit Juli 2006 ist die registrierte Partnerschaft homosexueller Paare gesetzlich verankert. Die Tschechische Republik ist nach Slowenien das zweite postkommunistische Land, in dem sich Homosexuelle trauen lassen können. Im Oktober 2005 sprachen sich in einer Umfrage 62% der Bevölkerung für den Gesetzesentwurf aus.

Nach jahrelangen Kontroversen unterstützten sozialdemokratische und kommunistische Abgeordnete mehrheitlich den Gesetzesentwurf, die Christdemokraten stimmten geschlossen dagegen.

Präsident Václav Klaus legte gegen das Gesetz jedoch Veto ein. Klaus hatte seine ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetzesentwurf damit begründet, dass er die Gefahr sehe, „die Zerschlagung traditioneller Institutionen zu legalisieren, auf die sich die tschechische Gesellschaft gründet“³⁶. Die Zurückweisung des Gesetzes durch Klaus machte eine erneute Abstimmung im Abgeordnetenhaus notwendig, das das Gesetz endgültig verabschiedete. Es stellt für die Lesben- und Schwulenverbände dennoch einen großen Kompromiss dar: Homosexuellen Paaren wird weiterhin die Möglichkeit verwehrt, Kinder zu adoptieren, da diese Forderung keine Mehrheit im Senat und Abgeordnetenhaus erhalten hätte.

Am 1. Mai kam es in Prag bei einer Demonstration gegen den Aufmarsch der neonazistischen Organisation „Národní odpor“ (Nationaler Widerstand) zu Übergriffen der Polizei. 300 Neonazis stellten sich etwa genauso vielen GegendemonstrantInnen entgegen, u.a. Kateřina Jacques (SZ), die zu diesem Zeitpunkt noch Direktorin des Regierungsamtes in der Abteilung Menschenrechte war. Nach einer verbalen Auseinandersetzung mit einem Polizisten wurde Jacques von dem Polizisten zu Boden gedrückt, geschlagen und getreten. Keiner seiner Kollegen hielt ihn bei diesem aggressiven Ausbruch auf. Jacques wurde festgenommen, auf der Polizeistation wurden die körperlichen und psychischen Erniedrigungen seitens des Polizisten und weiterer Kollegen fortgesetzt. Das harte und unrechtlche Vorgehen der Polizei gegen Jacques löste in Tschechien Entsetzen und heftige Kritik an der Struktur der Polizei und ihrem Verhältnis zur Gesellschaft aus. Der Polizeipräsident Husák versuchte, den Vorfall mit der „Entgleisung“ einzelner Polizisten herunterzuspielen.

Außenpolitische Entwicklungen

Eines der wichtigsten außenpolitischen Ereignisse im Berichtszeitraum stellte der Staatsbesuch Vladimir Putins in Prag am 1. und 2. März 2006 dar. Dies war der erste Besuch eines russischen Staatsoberhauptes in Tschechien seit 13 Jahren. Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Putin, dem tschechischen Präsidenten und dem Premier standen wirtschaftspolitische Anliegen, vor allen Dingen in Bezug auf die russischen Öl- und Gaslieferungen. Präsident Klaus forderte eine „Entpolitisierung“ der Energiefrage, die primär wirtschaftlichen Charakter haben sollte³⁷. Putin räumte bei seinem Besuch auch die moralische Verantwortung seines Landes für die blutige Niederschlagung des Prager Frühlings ein, rechtlich sei Russland jedoch nicht verantwortlich. Unmittelbar vor dem Besuch Putins in Prag kritisierte Václav Havel zusammen mit internationalen Persönlichkeiten in einem offenen Brief die Missachtung der Menschenrechte in Russland und die Tschetschenien-Politik der russischen Regierung.

35 Folgende KandidatInnen erhielten ein Mandat: Martin Bursík, Kateřina Jacques, Věra Jakubková, Ondřej Liška-Luggin, Přemysl Rabas, Olga Zubová

36 Radio Prag, www.radio-cz/de/artikel/75983, 17.2.2006

37 Handelsblatt, 1.3.2006

Slowakische Republik

Innenpolitische Entwicklungen

Unter Premierminister Mikuláš Dzurinda wurden in der Slowakischen Republik in den letzten Jahren radikale Wirtschafts- und Sozialreformen durchgeführt, was dem Land einen exzellenten Ruf bei ausländischen Investoren einbrachte, aber auch für soziale Härten sorgte. Es wurden eine radikale Steuerreform (19% Einheitssteuer), liberale Arbeitsgesetze und eine fast vollständige Privatisierung des Gesundheitssystems beschlossen. Dies führte zu einem regelrechten Wirtschaftsboom. Der Zuwachs des BIP betrug für das Jahr 2005 rund 6%. Die Arbeitslosigkeit ist in der Slowakei allerdings sehr hoch: Im Juni 2006 lag sie nach Angaben des Slowakischen Statistikamtes bei 15%.

Innerhalb eines Jahres verließen nacheinander zwei Parteien die Mitte-Rechts-Regierung des Ministerpräsidenten Dzurinda. Im Sommer 2005 wurde zunächst die Partei ANO (Allianz des Neuen Bürgers) nach einem Finanzskandal ihres Vorsitzenden Pavol Rusko aus der Koalition ausgeschlossen. Die KDH (Christlich-Demokratische Bewegung) schied im Februar 2006 aus der Koalition aus, da der Premier sich weigerte, den so genannten Vatikanvertrag, eine von der KDH unterstützte Gewissensklausel für Katholiken, zu unterschreiben. Diese Entwicklungen machten vorgezogene Neuwahlen notwendig.

Am 17. Juni 2006 waren rund 4,3 Millionen Wahlberechtigte dazu aufgerufen, die 150 Abgeordneten des Nationalrates neu zu bestimmen. Insgesamt traten 21 Parteien zur Wahl an. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand die Frage nach Weiterführung, Abschaffung oder Anpassung der von der Regierung ab 2002 im Eiltempo durchgeführten Reformen sowie das Problem der weit verbreiteten Korruption. Unter der Bevölkerung ist die Zahl der ReformbefürworterInnen etwa genauso groß wie die Zahl der GegnerInnen. Für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stellen die Reformen allerdings zusätzliche Härten dar. Robert Fico, Vorsitzender der linkspopulistischen Partei SMER-SD (Richtung – Sozialdemokratie) bezeichnete die Reformen als „asozial“ und kündigte im Falle eines Wahlsieges deren Rücknahme an. Premier Dzurinda sprach sich dagegen für die Beibehaltung des Reformkurses aus.

Insgesamt zogen sechs Parteien in den Nationalrat ein. Die Wahlbeteiligung betrug 54,67 Prozent. Wie sich in Meinungsumfragen seit Monaten andeutete, ging die Partei SMER-SD unter Robert Fico aus der Abstimmung als klarer Wahlsieger hervor. 29,14% der WählerInnen stimmten für SMER-SD. Die Partei konnte ihr Wahlergebnis und Anzahl der Sitze (50) im Vergleich zur letzten Parlamentswahl mehr als verdoppeln.

Zweitstärkste Partei wurde die Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei (SDKÚ-DS) unter Vorsitz des bisherigen Regierungschefs Mikuláš Dzurinda mit 18,35% der Stimmen (2002: 15,1%). Dieses Ergebnis ist insofern überraschend,

als dass Meinungsumfragen die SDKÚ-DS nur bei etwa 10 bis 12 Prozent gesehen hatten. Die SDKÚ-DS konnte die Zahl ihrer Sitze um 3 auf insgesamt 31 erhöhen.

Die nationalistische SNS (Slowakische Nationalpartei) kehrte nach vier Jahren in den Nationalrat zurück. Als drittstärkste Partei vereinte sie 11,73% der Stimmen auf sich und vervierfachte ihr Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Parlamentswahl, bei der sie an der Fünfprozenthürde gescheitert war (2002: 3,32%). Die rechtsextreme SNS wird im Nationalrat künftig über 20 Sitze verfügen.

Mit 11,68% der Stimmen zeigte sich das Wahlergebnis der Partei der ungarischen Koalition (SMK-MKP) beinahe unverändert (2002: 11,2%). Die SMK-MKP wird traditionell von fast 100% der Wählerschaft der ungarischen Minderheit gewählt und verfügt auch weiterhin über 20 Sitze. Ebenso fast unverändert blieb das Ergebnis der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) mit 8,31% aller Stimmen (2002: 8,3%), verfügt jedoch nur noch über 14 (2002: 15) Sitze. Drastische Verluste verzeichnete dagegen die Volkspartei-Bewegung für eine Demokratische Slowakei (ĽS-HZDS). 2002 noch Sieger der Parlamentswahlen, stimmten dieses Mal nur 8,79% (2002: 19,5%) der WählerInnen für die Partei unter Vorsitz des ehemaligen Premiers Vladimír Mečiar, die künftig statt über 36 nur noch über 15 Sitze verfügen wird. Dies ist das niedrigste Wahlergebnis der ĽS-HZDS seit Gründung der Partei.

An der Fünfprozenthürde scheiterten unter anderem die bislang im Parlament vertretenen Kommunisten (KSS) und die bis zum Sommer 2005 in der Regierungskoalition beteiligte Partei ANO (siehe oben). Auch die im Jahre 2004 neu gegründete Partei Freies Forum (SF) schaffte den Einzug ins Parlament überraschenderweise nicht. Bereits zwei Wochen nach den Parlamentswahlen einigte sich der Wahlsieger Fico mit der SNS und der ĽS-HZDS auf einen Koalitionsvertrag. Dieser wurde von den Vorsitzenden der drei Parteien am 2. Juli unterschrieben, die Regierung wurde am 4. Juli vom Staatspräsidenten ernannt.

Die Koalition verfügt über 85 von insgesamt 150 Sitzen des Nationalrates. SMER-SD wird 11 der insgesamt 16 Ministerposten besetzen. Die Nationalisten stellen mit dem Ministerium für Schulwesen, Aufbau und Regionalentwicklung sowie dem Umweltministerium drei Minister. Die ĽS-HZDS bekam die Ministerien für Landwirtschaft und für Justiz zugesprochen. Die umstrittenen Vorsitzenden der ĽS-HZDS, Vladimír Mečiar, und der SNS, Ján Slota, werden der künftigen Regierung allerdings nicht als Minister angehören. Durch eine Koalition mit der SNS und der ĽS-HZDS hat Fico nun die Möglichkeit genutzt, dasjenige Bündnis einzugehen, mit dem er am ehesten in der Lage sein wird, seine Wahlversprechen umzusetzen. Betont werden muss allerdings, dass Robert Fico nicht zwingend auf die Einbeziehung der rechtsextremen SNS und der ĽS-HZDS angewiesen war; auch andere Bündnisse hätten es Fico ermöglicht, die Regierung zu bilden.

Die nationalistische SNS

Problematisch ist die Regierungsbeteiligung der SNS vor allen Dingen für die Situation der Minderheiten, die in der multiethnischen Slowakei leben: Der Minderheitenanteil beträgt gemäß der Volkszählung in 2001 14,2% der Gesamtbevölkerung (Ungarn 9,7%, Roma 1,7%, sonstige 2,8%). Der reale Roma-Anteil an der Gesamtbevölkerung ist nach ExpertInnenmeinung allerdings viel höher: Die Anzahl der Roma wurde für das Jahr 2002 auf 370 000 geschätzt und soll bis 2025 auf 520 000 (10 Prozent der Einwohnerzahl) ansteigen. Der reale Minderheitenanteil beträgt nach diesen Schätzungen 18 bis 20%.

Der Wahlkampf der SNS unter Vorsitz von Jan Slota war von rechtsextremer Rhetorik durchzogen. Die Partei hetzte gegen die ungarische Minderheit, die Roma-Bevölkerung, gegen Juden und Homosexuelle. Die achtjährige Regierungsbeteiligung der Partei der ungarischen Koalition SMK-MKP bezeichnete Slota als „Okkupation der Slowakei durch Ungarn“. Slota schlug u.a. auch vor, die Kinder „nichtanpassungsfähiger Roma-Eltern“ in Internaten unterzubringen und sie damit dem „Einfluss ihrer Eltern“ zu entziehen³⁸. Den nationalen Minderheiten garantierte Robert Fico unmittelbar nach der Amtsübernahme die Unantastbarkeit ihrer Rechte.

Außenpolitische Entwicklungen

Der Ausbau guter Beziehungen zu allen Nachbarstaaten, insbesondere zu den Visegrád-Staaten, sowie gute transatlantische Beziehungen waren in den letzten Jahren Eckpunkte slowakischer Außenpolitik. Die GASP und ENP bewertete die Dzurinda-Regierung als wichtige Instrumente zur Vertiefung der europäischen Integration. Mit ihrer EU-Außengrenze zur Ukraine übernimmt die Slowakei in der Gestaltung der ENP eine wichtige Rolle. Die Regierung war nicht nur im benachbarten Ausland, sondern in ganz Europa hoch angesehen.

Unmittelbar nach dem Regierungswechsel Anfang Juli 2006 betonte Robert Fico, dass sich am pro-europäischen Kurs der Slowakei nichts ändern werde. Er versprach, dass die Slowakei alle Pflichten als EU- und NATO-Mitglied einhalten werde. Im Ausland wird der äußerst problematische Regierungswechsel jedoch mit berechtigter Skepsis und Besorgnis verfolgt und Robert Fico für die schnelle Wahl der Koalitionspartner kritisiert. Schon jetzt kann davon ausgegangen werden, dass die Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen durch diesen Regierungswechsel schwieriger werden wird. Es gibt Spekulationen darüber, dass die Partei SMER-SD aus der Sozialistischen Internationalen ausgeschlossen werden wird.

Bei einem Besuch des slowakischen Staatspräsidenten Ivan Gašparovič in Berlin im Juli 2006 diskutierte dieser mit Bundespräsident Köhler die Ausrichtung des neuen Kabinetts und betonte, dass

38 Radio Slowakei, 12.6.2006.

es erst nach Bekanntmachung des Regierungsprogramms, das Mitte August erwartet wird, möglich sein werde, die Regierung zu beurteilen.

Die Ukraine

Parlamentswahlen – Krise der orangenen Eliten

2005 geriet die ukrainische Wirtschaft ins Stocken, das Wirtschaftswachstum ging von 12% (2004) auf 3% (2005) zurück und erreichte im ersten Quartal 2006 lediglich 2,4% bei einer Inflationsrate von 9%.³⁹ Dazu trugen zum einem die zu erwartende Abkühlung der Wirtschaft nach dem Boomjahr 2004, zum anderen die inkonsequente Wirtschaftspolitik der „orangenen“ Regierung sowie die auf wirtschaftlicher Ebene ausgetragene Konflikte mit Russland, wie etwa die Erhöhung der Gaspreise (Ende 2005) bei. Laut Umfragen vom März 2006 waren 44% der Ukrainer mit ihrem Leben vollkommen oder ziemlich unzufrieden, 67% fürchteten sich vor Arbeitslosigkeit und 78% vor den Folgen einer unkontrollierten Inflation.⁴⁰

Obwohl der Präsident Juschtschenko und seine Regierung die sozialen Wahlversprechen zum Teil erfüllten, indem sie u.a. Mindestlöhne, -renten und -einkommen erhöhten, zeigten sich die ukrainischen BürgerInnen von den innenpolitischen Entwicklungen nach der „Orangenen Revolution“ insgesamt enttäuscht. Die angekündigten demokratischen Reformen blieben weitgehend aus, die Probleme der Vergangenheit wurden nicht aufgearbeitet, wie etwa der Mord an dem Journalisten Georgi Gongadze, der Wahlbetrug, der Anschlag auf Juschtschenko bei den Präsidentenwahlen 2004 oder die Korruption der politischen Eliten. Zudem wurde der sich ankündigende Bruch zwischen den „orangenen“ Koalitionären, dem Präsidenten Juschtschenko und der Regierungschefin Tymoschenko, im September 2005 endgültig vollzogen. Zum Interimspremier wurde der Wirtschaftspolitiker Jurij Jechanurow ernannt, der später ausgerechnet mit den Stimmen der Partei von Juschtschenkos Gegenkandidaten bei den Präsidentenwahlen, der „pro-russischen“ Partei der Regionen, im Amt des Ministerpräsidenten bestätigt wurde.

Kurz vor den Parlamentswahlen, im Januar 2006, trat die noch unter Präsident Kutschma verabschiedete Verfassungsänderung⁴¹ in Kraft, die die Position des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada) gegenüber dem Präsidenten stärkte. Somit wurden die Parlamentswah-

39 Vgl. Pleines, Heiko: Die Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine: Krise in orange? in Ukraine Analysen Nr. 9, 13.6.2006.

40 Eine Umfrage vom Institut für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften mit 1.800 Respondenten.

41 Die Verfassungsänderungen, die von Präsident Kutschma vorgeschlagen wurde, entstand Ende Dezember 2004 als Ergebnis eines hastigen Kompromisses.

len in der Ukraine (Anfang März 2006) zu einem realen Machtkampf.

Im März 2006 fanden die Parlamentswahlen statt. Nach Einschätzung internationaler BeobachterInnen waren es die ersten freien und fairen Wahlen seit 1994. Der Wahlkampf verlief demokratisch, alle politischen Kräfte hatten Zugang zu den Massenmedien, der Urnengang sowie die Stimmauszählung waren korrekt. Bei einer Wahlbeteiligung von 67,7% zogen fünf der ca. 45 Parteien und Wahlbündnisse in die Werchowna Rada ein. Die meisten Stimmen bekam mit 32,14% die Partei der Regionen (PRU) von Viktor Janukowitsch, an zweiter Stelle platzierte sich mit 22,29% der Block von Julia Tymoschenko (BJuT). Der Wahlblock des Präsidenten Juschtschenko Unsere Ukraine (NU) bekam lediglich 13,94% der Stimmen. Ins Parlament zogen noch zwei weitere Parteien ein: Die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) und die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU). Die ukrainischen Grünen⁴², die seit 2002 nicht mehr im Parlament vertreten sind, bekamen 0,54% der Stimmen und scheiterten damit an der Drei-Prozenthürde.

Kurz nach den Wahlen kündigten sich zwei mögliche Regierungskoalitionen an: die „orangene“, die die einstigen Koalitionäre der Revolution (NU, BJuT, SPU) vereinigen würde, und die „blau-orangene“ (PRU, NU), in der die einst gegnerischen KandidatInnen der Präsidentschaftswahlen (Juschtschenko und Janukowitsch) sich auf eine gemeinsame Position einigen müssten. Laut Meinungsumfragen sprachen sich für eine Großkoalition („blau-orangene“) nur 4% der ukrainischen BürgerInnen aus, während über 50% der WählerInnen einer „orangenen“ Koalition zustimmten.

Nachdem eine Einigung auf die Bildung einer "orangenen" Koalition mit Tymoschenko an der Spitze nach 14-wöchigen Verhandlungen mühsam erreicht wurde, sprengte Sozialistenführer Oleksandr Moros diese Pläne, indem er die Fronten wechselte und vereinbarungswidrig am 6. Juli für das Amt des Parlamentspräsidenten kandidierte – und gewann. Die Motive von Moros, der zu den führenden Köpfen der „Orangenen“ Revolution gehörte, sind unklar.

Außenpolitik – Änderungen nach der orangenen Revolution

Die polnische Unterstützung der ukrainischen „Orangenen“ Revolution führte zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Dies ermöglichte die Überwindung einiger aus der gemeinsamen Vergangenheit resultierender Konflikte. Nachdem Juschtschenko 2005 den polnischen Heldenfriedhof in Lemberg (Cmentarz Orłąt Lwowski) mit Polens damaligem Präsidenten Aleksander Kwaśniewski eröffnete⁴³, wurde im Mai 2006 ein Denkmal für die im Dorf Pawlakoma von polnischen Partisanen er-

mordeten 360 Ukrainer (März 1945) durch den polnischen Präsidenten Kaczyński eingeweiht. Somit beginnen beide Länder, sich mit den unverarbeiteten Kapiteln der gemeinsamen Geschichte konstruktiv auseinanderzusetzen. Die neue polnische Führung (Siehe Kapitel 3.1) will das Bestreben der Ukraine nach einem EU-Beitritt unterstützen.

Nach der „Orangenen“ Revolution wurden die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland zunehmend schwieriger. Einerseits wurde in der Ukraine die direkte Einmischung Russlands in den Wahlkampf vor den Präsidentenwahlen 2004 und die einseitige Unterstützung für den pro-russischen Kandidaten Janukowitsch sehr kritisch bewertet, andererseits hat Russland den Sieg des westorientierten Juschtschenko, der die Annäherung an die EU ankündigte, als Bedrohung von eigenen Interessen im postsowjetischen Raum empfunden. Die Interessenskonflikte, wie etwa unterschiedliche Vorstellungen über den gemeinsamen Wirtschaftsraum, der Streit über die Grenzziehung im Asowschen Meer im Zusammenhang mit Territoriumsansprüchen um die Insel Tuzla oder Probleme mit der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte im ukrainischen Sewastopol spitzten sich zu. Ende 2005 kündigte Russland die Erhöhung des Preises für die Gaslieferungen in die Ukraine von 50 \$ auf den Marktpreis in der Höhe von 230 \$ an. Angesichts der Weigerung der ukrainischen Führung der Preiserhöhung zuzustimmen, drehte Russland Anfang 2006 den Gashahn zu. Am Ende einigten sich die Parteien auf einen vorläufigen Preis von 95 \$, der in der zweiten Jahreshälfte 2006 revidiert werden soll.

Die Chancen für einen raschen NATO-Beitritt der Ukraine haben sich merklich relativiert. Im April 2006 erklärte der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, dass die Ukraine auf dem NATO-Gipfel in Riga (November 2006) zwar eine Unterstützung ihrer Mitgliedschaftsambitionen, jedoch noch keine Einladung zu Aufnahmeverhandlungen erhalten wird. Die jüngsten Ereignisse im Mai/Juni 2006 im Hafen Feodosija auf der Krim, wo heftig gegen die Beteiligung des Landes am NATO-Manöver Seebrise-2006 protestiert wurde, veranschaulicht, dass der NATO-Beitritt der Ukraine innerhalb des Landes sehr umstritten ist. Aktuell sprechen sich 64,4 % der Ukrainer gegen einen NATO-Beitritt aus.

Belarus

Die Wahlfälschungen bei den Präsidentenwahlen

Die ehemalige Sowjetrepublik Belarus wird als letzte Diktatur Europas bezeichnet. Seit 1994 wird das Land vom Präsidenten Alexander Lukaschenko mit zunehmend harter Hand regiert. In einem manipulierten Referendum sicherte er sich im Jahr 2004 die Möglichkeit, für eine von der Verfassung ursprünglich ausgeschlossene dritte Amtszeit zu kandidieren und wurde im März 2006 mit of-

42 Vgl. Pkt. 2.4.5 ‚Die ukrainischen ‚Grünen‘ im Politischen Jahresbericht 2004/2005 Polen, Tschechien, Slowakei, Ukraine des Regionalbüros Zentraleuropa Warschau der Heinrich Böll Stiftung.

43 Siehe Pkt. 2.1.7 ‚Die polnisch-ukrainischen Beziehungen‘ im HBS Jahresbericht 2004/2005.

fiziell 82,6%⁴⁴ der Stimmen wiedergewählt. Während der Wahlkampagne und den Wahlen selbst stellten die OSZE und weitere internationale BeobachterInnen massive Wahlfälschungen und weitere Demokratiedefizite (z.B. gewaltsame Unterdrückung und Einschüchterung der politischen Opposition) fest.

Dennoch kann Lukaschenko auf eine relativ breite Unterstützung in der Bevölkerung (über 55%)⁴⁵ zurückgreifen. Hierzu trägt die relativ gute wirtschaftliche Lage des Landes bei: ein steigendes BIP (von 5,8% in 2000 auf 11% im Jahre 2004), ein durchschnittlicher Jahreszuwachs der Reallöhne um 17% (2004) und eine sinkende Inflationsrate (von 21% auf 14%)⁴⁶. Darüber hinaus achtet die Lukaschenko-Regierung darauf, die soziale Sicherheit der BürgerInnen zu gewährleisten.

Mit der Wiederwahl Lukaschenkos wurden die Hoffnungen auf einen Regimewechsel durch eine „farbige Revolution“ (ähnlich wie in der Ukraine oder in Georgien) enttäuscht. Bei der Bewertung der Ereignisse sind jedoch im Vergleich zu diesen Ländern grundlegend andere Ausgangsbedingungen in Belarus zu berücksichtigen: es fehlten eine parlamentarische Opposition, eine emanzipierte Justiz und eine wenigstens partikular freie Medienlandschaft - wichtige Voraussetzungen, die die Regimewechsel in der Ukraine oder in Georgien ermöglichten.

Insbesondere die staatliche Medienkontrolle sowie das Fehlen von Versammlungsfreiheit und freier Meinungsäußerung erschwerten den oppositionellen Kreisen während des Wahlkampfes den Zugang zu den potentiellen WählerInnen. Die Wahlkampagne der Opposition begrenzte sich auf persönliche Kontakte und Gespräche mit einzelnen BürgerInnen oder fand im Rahmen von kleinen, vorwiegend offiziell unerlaubten Veranstaltungen statt. In diesem Zusammenhang ist der Zuwachs der Zustimmung der WählerInnen für den oppositionellen Spitzenkandidaten Alexander Milinkievich von 6% auf ca. 20%⁴⁷ als Erfolg zu bewerten. Um das voraussichtlich weitere Wachsen der Popularität der Opposition zu verhindern, wurden die ursprünglich erst für den Sommer 2006 geplanten Wahlen von Präsident Lukaschenko vorverlegt.

Trotz der Wiederwahl Lukaschenkos fanden in Belarus wichtige Entwicklungen statt, die bedeutend für eine zukünftige Demokratisierung des Landes sein können. So schafften es die Gegner Lukaschenkos trotz massiver Hindernisse vor den Wahlen, sich weitgehend hinter einem Oppositionskandidaten, Milinkievich, zu vereinigen. Darüber hinaus traute sich die Zivilgesellschaft sichtbar zu, sich für Demokratieentwicklung zu engagieren. Unter dem Schutz der internationalen Medienöffentlichkeit demonstrierten vor und nach den Wahlen mehr belarussische BürgerInnen als erwartet ihre Unterstützung für die Opposition, bevor die Polizei

Verhaftungen vornahm und die Demonstrationen gewaltsam beendete. Unter den Festgenommenen war zeitweise auch Alexander Milinkievich. Viele der für die Opposition arbeitenden StudentInnen wurden aus den Hochschulen und Universitäten relegiert. Mittlerweile werden sie in einigen EU-Ländern (u.a. Polen und Deutschland) im Rahmen von speziellen Stipendienprogrammen unterstützt.

Das harte Durchgreifen kann außerdem als Schwäche Lukaschenkos interpretiert werden, der aufgrund der zunehmenden Unterstützung vieler BürgerInnen für die Opposition Nervosität zeigte.

Die außenpolitische Isolierung

Die internationalen Kontakte und Beziehungen von Belarus sind im Wesentlichen auf die Zusammenarbeit mit den Staaten im postsowjetischen Raum begrenzt: Belarus ist Mitglied im Rat für kollektive Sicherheit und strebt die noch unter Ex-Präsident Jelzin beschlossene Union mit Russland⁴⁸ an. Der Staatenbund, der sich auf eine Verteidigungs- und Wirtschaftsgemeinschaft sowie auf gemeinsame politische Konsultationen stützen soll, hat unter Präsident Putin an Dynamik eingebüßt. Die geplanten Schritte zur Annäherung der beiden Staaten durch eine politische sowie eine ursprünglich für 2005 vorgesehene Währungsunion liegen derzeit auf Eis.

Putin distanziert sich merklich von Lukaschenko, denn eine enge Zusammenarbeit mit dem autoritären Regime schadet dem Ansehen Russlands in der westlichen Öffentlichkeit. Dennoch sieht Russland seine geopolitischen und nationalen Interessen nach den Umwandlungen in Georgien und der Ukraine im postsowjetischen Raum als gefährdet. Belarus unter Lukaschenko ist für Russland ein Garant für das Vorbeugen einer weiteren „farbigen“ Revolution.

Wegen der gravierenden Demokratiedefizite, insbesondere der autoritären Staatsführung und der Verletzungen der demokratischen Freiheitsrechte, wurden die Kontakte der EU zu Belarus auf der höchsten politischen Ebene maximal reduziert. Es wurden eingeschränkte Kontakte zu den offiziellen Stellen gepflegt und vor allem die demokratische Opposition und die Zivilgesellschaft unterstützt. Von der ENP ist Belarus derzeit ausgeschlossen, obgleich die EU in den vergangenen Jahren immer wieder betonte, dass das Land von ihr in hohem Maße profitieren könnte⁴⁹.

Angesichts der zunehmenden Aggressivität des Lukaschenko-Regimes hat die EU die demokratischen Kräfte in Belarus vor den Präsidentenwahlen unterstützt. Mit dem Ziel, der einseitigen Medienberichterstattung des Lukaschenko-Regimes entgegenzuwirken, wurden einige Medienprojekte finanziert, u.a. die Einrichtung des Belarus-Programms in der Deutschen Welle (November 2005) sowie eines Rundfunksenders, der den Sendebetrieb in rus-

44 offizielle, manipulierte Wahlergebnisse.

45 vgl. MS: Politisches Examen in: Belarus Perspektiven Winter 2006.

46 IMF Country Report No.05/218, Republic of Belarus: Statistical Appendix, June 2005.09.04.

47 vgl. Schätzungen der Opposition während der hbs- Fachtagung „Prospect for Democracy in Belarus“ im Januar 2006 in Warschau.

48 Russisch-Belarussische Union.

49 vgl. Country Strategic Paper / National Indicative Programme: Belarus 2005/2006, Europäische Kommission 2004.

sischer und belarussischer Sprache im Februar 2006 aufnahm. Zudem wurde der oppositionelle Spitzenkandidat Milinkievich demonstrativ von vielen Regierungen der EU-Länder empfangen.

Aus Protest gegen Verstöße gegen internationale Standards bei Wahlen und wegen des Vorgehens gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition hat die Europäische Union im April 2006 ein Einreiseverbot gegen Lukaschenko und dreißig weitere Personen verhängt⁵⁰, sowie im Mai 2006 die Sanktionen gegen das Regime weiter verschärft. Unter anderem haben sich die Botschafter der 25 EU-Staaten darauf verständigt, Vermögenswerte von Lukaschenko sowie von 35 weiteren Regierungsvertretern einzufrieren⁵¹.

Ausblick

Ein Jahr nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden ist der Ausweg aus der **Verfassungskrise** immer noch nicht gefunden. Hier werden große Hoffnungen auf die neuen Impulse, die während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (erste Jahreshälfte 2007) erarbeitet werden sollen, gelegt.

Die neuen Regierungskonstellationen in den mitteleuropäischen EU-Ländern Polen, Tschechien und der Slowakei deuten darauf hin, dass trotz der zunehmenden Konsolidierung dieser Länder innerhalb der EU, verfassungskritische, -skeptische bis -feindliche Tendenzen zu erwarten sind. Dabei besteht eine Diskrepanz zwischen den Positionen der politischen Eliten und insbesondere der derzeit Regierenden (eher distanziert bis ablehnend) sowie der öffentlicher Meinung (eher positiv).

Im kommenden Jahr steht die Neuregelung der Beziehungen der EU zu Russland und der Ukraine an, die auch die „neuen“ EU-Mitglieder mitbestimmen werden. Hier wird das Verhandeln einer gemeinsamen Position komplexer und differenzierter verlaufen. Der

50 „EU erwägt Sanktionen gegen Belarus“, DW-RADIO/Russisch, Fokus Ost-Südost, 18.05.2006.

51 Juri Dulerain, Andrej Alechnowitsch „Belarus zunehmend isoliert“, DW-RADIO/Russisch, „Fokus Ost-Südost“, 18.5.2006.

generelle Unterschied zwischen den „alten“ und „neuen“ Mitgliedstaaten drückt sich im Stellenwert aus, der der Gestaltung der Beziehungen mit den einzelnen **Nachbarstaaten** beimessen wird: während sich die „alten“ EU-Länder (insbesondere Deutschland und Frankreich) vorrangig um die Regelung des Verhältnisses mit dem größten Nachbar der Union, Russland, bemühen, bauen die „neuen“ EU-Staaten (insbesondere Polen) ihre ostpolitische Strategie eher auf die enge Partnerschaft mit der Ukraine auf und schließen perspektivisch den Beitritt der Ukraine in die EU nicht aus.

Nach den Parlamentswahlen in Polen und in der Ukraine und der Änderung der politischen Machtverhältnisse in diesen Ländern kann sich jedoch sowohl die EU-orientierte Positionierung der Ukraine als auch die Wirksamkeit der polnischen Unterstützung für das ukrainische Anliegen (u.a. Beitrittsbestrebungen) auf EU-Ebene relativieren. Es bleibt abzuwarten, inwieweit und in welchem Tempo die neue ukrainische Regierung die Annäherung an die EU und die Durchführung demokratischer Reformen fortsetzen wird, und inwieweit die neue polnische Regierung fähig und willig ist, die Gestaltung der GASP und der Nachbarschaftspolitik wirksam zu beeinflussen.

Der energiepolitische Diskurs der neuen Mitgliedsstaaten wird in den nächsten Jahren mitentscheiden, ob die EU ihre globale Vorreiterrolle im Klimaschutz glaubhaft erfüllen und weiterführen kann. Polen, die Slowakei und Tschechien müssen in Zukunft nachhaltige energiepolitische Strategien entwickeln und implementieren, um aktiv an der Gestaltung einer nachhaltigen Europäischen **Energie- und Klimaschutzpolitik** mitzuwirken. Auch für die Ukraine ist die energiepolitische Ausrichtung der nächsten Jahre unter ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten von essentieller Bedeutung – die Entwicklung einer nicht mit der EU kompatiblen Energiepolitik könnte zu einer künftigen Diskriminierung der Ukraine im europäischen Wirtschaftsraum führen. Angesichts der Tendenzen zum Aufbau bzw. Ausbau der Atomenergie in Polen, Tschechien, der Slowakei und der Ukraine, wird es notwendig sein, eine kritische Auseinandersetzung mit den Risiken und Nachteilen der Nuklearenergie zu unterstützen.

In den MOE-Ländern und den Nachbarstaaten der erweiterten EU spielt die **Geschlechtergleichstellung** eher eine untergeordnete Rolle. Auf der Ebene der offiziellen Politik wurde sie bislang unzureichend und widerwillig umgesetzt oder ablehnend betrachtet. Die Regierungsübernahme durch die wertkonservativen (in allen Ländern) sowie die populistischen und nationalen (Polen, Slowakei) politischen Kräfte wird für die Geschlechtergleichstellung in diesen Ländern, bestenfalls Marginalisierung der Problematik bedeuten. Die Verpflichtung der Ukraine zur Angleichung der nationalen Gesetzgebung an die frauen- und geschlechterdemokratischen EU-Vorgaben, bleibt voraussichtlich im Bereich der Absichtserklärung. Weder die politischen Eliten, noch die ukrainische Gesellschaft insgesamt sind derzeit auf die Fragestellungen der Geschlechtergleichstellung ausreichend sensibilisiert.

Daher bildet die Gemeinschaft für die „neuen“ und Nachbarländer der erweiterten EU einen greifbaren und derzeit noch nicht ausreichend genutzten Bezugs- und Gestaltungsrahmen für den Schutz der

bestehenden Frauenrechte, Einfordern der ausbleibenden Fortschritte und die weitere Implementierung der Geschlechtergleichstellung.

In Folge der **Wahlen in Polen** sind populistisch-wertkonservative politische Kräfte an die Macht gekommen. Innenpolitisch hat die Änderung der politischen Machtverhältnisse eine spürbare Radikalisierung der politischen Kultur als Folge, die sich u.a. in den verbalen Angriffen gegen Homosexuelle sowie in antisemitischen Äußerungen der VertreterInnen der Regierungsparteien ausdrückte. Außenpolitisch haben die Handlungen der polnischen Regierung zur Verschlechterung der Außenwahrnehmung Polens geführt. Insbesondere auf EU-Ebene droht Polen der „Abrutsch in die Bedeutungslosigkeit“ und eine durch die Politik der Regierenden verfolgte Strategie „Eins gegen Vierundzwanzig“ zunehmende Isolierung.

Die Politik für den ländlichen Raum in Polen hängt stark von der Entwicklung der gesamtpolitischen Lage ab. In den nächsten Monaten werden in Polen die Arbeiten an den Dokumenten für die Vergabe der EU-Mittel ab 2007 fortgesetzt. Hierzu bleibt eine faktische Beteiligung und stärkere Berücksichtigung der verschiedenen Anliegen und Interessen der Bewohner des ländlichen Raums nach wie vor stärker anzumahnen.

In der **Tschechischen Republik** ist derzeit unklar, wie der Prozess der Regierungsbildung weiter verlaufen wird. Sollte es zu Neuwahlen kommen, werden sich alle Parteien auf den wieder anstehenden Wahlkampf vorbereiten und konzentrieren. Im Falle einer Regierungsbildung wird die mögliche ODS-Minderheitsregierung Schwierigkeiten haben, politische Reformen einzuleiten und durchzusetzen. Innenpolitisch wird die Überarbeitung des Wahlgesetzes sowie Reformen im Steuer- und Rentensystem im Mittelpunkt der politischen Diskussionen stehen. In diesem Zusammenhang haben die tschechischen Grünen (SZ) vor, gegen das bestehende Wahlrecht, das die kleinen Parteien bei der Verteilung der Parlamentssitze diskriminiert, zu klagen. Außenpolitisch wird die Ausrichtung der Tschechischen Republik von der zukünftigen Regierung und deren Prioritäten abhängen.

In der **Slowakei** wird es wegen der Regierungsbeteiligung der nationalistischen SNS voraussichtlich zu innen- und außenpolitischen Spannungen kommen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es dem neuen Regierungschef Robert Fico gelingen wird, seine kürzlich geäußerten Versprechen einzuhalten, die Rechte der nationalen Minderheiten nicht einzuschränken und den pro-europäischen Kurs der Slowakei fortzusetzen.

Fast vier Monate nach den Parlamentswahlen in der **Ukraine** gibt es keine Regierung, und keine der möglichen Koalitionen ist sicher. Bei der Entstehung der Neuauflage der „orangenen“ Koalition (BjUT, UU, SPU) würde der westorientierte Reformkurs der Ukraine bestehen bleiben. Die Bildung einer Koalition zwischen den noch bei den Präsidentenwahlen gegeneinander auftretenden Parteien „Unsere Ukraine“ (Parteivorsitzender Juschtschenko) und der „Partei der Regionen“ (Parteivorsitzender Janukowytsch) würde zumindest das Tempo einer deutlichen Annäherung an die EU langsamer, während eine „linke“ Koalition möglicherweise die Rückkehr einer pro-russischen Orientierung in der Innen- und Außenpolitik bedeutet.

Der Wahlkampf und die sich in die Länge ziehenden Koalitionsverhandlungen haben zu einem innenpolitischen Stillstand und außenpolitisch zu einem Ansehensverlust der Ukraine geführt.

Im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen in **Belarus** fanden wichtige Entwicklungen statt, die bedeutend für eine künftige Demokratisierung des Landes sein können. Die Wahlen waren ein Kristallisationspunkt für die Konsolidierung der belarussischen Opposition und haben Teile der belarussischen Gesellschaft mobilisiert, sich für die Demokratieentwicklung zu engagieren. Eine weitere gezielte Unterstützung der demokratischen Opposition und der belarussischen Zivilgesellschaft steht in den nächsten Jahren an.